



## **Entwurf EVP-Wahlprogramm 2009**

(vorzulegen beim EVP-Kongress in Warschau, 29.-30. April 2009.  
Originalversion ist die Englische Fassung. Die Übersetzung dient lediglich zur Information)

### **Themen:**

#### **Einleitung**

- 1. Wohlstand für alle**
- 2. Für ein sicheres Europa**
- 3. Bekämpfung des Klimawandels**
- 4. Bewältigung des demografischen Wandels**
- 5. Ein geeintes Europa in der Welt**

## 1 Einleitung

2  
3 Im Juni 2009 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union das Europäische Parlament – ein  
4 wichtiger Moment für Europa. Die europäische Integration ist die größte Errungenschaft in der Geschichte  
5 unseres Kontinents. Sie bedeutet für unseren Kontinent nicht nur Frieden, Freiheit und Stabilität, sondern  
6 auch eine Ära des Verständnisses, der Zusammenarbeit und beispiellosen Wohlstands. In der  
7 Vergangenheit hat das Bedürfnis nach Frieden die Völker Europas zusammengebracht. Heute erfordern  
8 etliche Probleme eine enge Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und ein starkes Europa auf  
9 internationaler Ebene: die derzeitige Krise der Finanzmärkte und eine schwere weltweite Rezession, die  
10 Bekämpfung des Klimawandels, unsere alternde Gesellschaft sowie Terrorismus und organisierte  
11 Kriminalität. Nur ein starkes Europa wird in der Lage sein, unsere Interessen in der Welt zu vertreten und  
12 zu schützen. Nur ein starkes Europa wird in der Lage sein, ein stabileres internationales Finanzsystem zu  
13 schaffen und die anderen internationalen Probleme zu bewältigen, die auch auf die europäischen  
14 Bürgerinnen und Bürger große Auswirkungen haben.

15  
16 Wir müssen jetzt die Gelegenheit ergreifen, die Weltwirtschaft nachhaltiger zu gestalten, und zwar mit  
17 einem Konzept, das sich während des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch bei der  
18 Wiedervereinigung Europas nach dem Zerfall des ehemaligen Ostblocks bewährt hat: der sozialen  
19 Marktwirtschaft. Während die Sozialisten in Europa die Krise als Möglichkeit sehen, ihre rückwärts  
20 gewandte linke Agenda durchzusetzen, die Arbeitsplätze vernichtet und der internationalen Position  
21 Europas schadet, sind wir überzeugt, dass unser Konzept einer sozialen Marktwirtschaft die beste Antwort  
22 auf die Krise ist. Unsere Positionen unterscheiden sich klar von den links gerichteten Ideologien der  
23 Sozialisten. Genauso unterscheiden sie sich aber auch von der Position der Marktfundamentalisten, die  
24 glauben, dass die Welt nur von Märkten regiert werden sollte. Die Hauptursache der Probleme, mit denen  
25 unsere Gesellschaften derzeit konfrontiert sind, ist der Verlust von Regeln und ethischen Normen. Wir  
26 benötigen eine bessere, vernünftige Regulierung und Kontrolle des internationalen Finanz- und  
27 Wirtschaftssystems. Wir unterstützen und fördern klare Regeln für die Märkte, damit diese zum Wohle  
28 aller – der Gesellschaft, der Unternehmer und der Beschäftigten – funktionieren und prosperieren. Das  
29 unterscheidet eine echte Volkspartei, die das Allgemeinwohl am Herzen liegt, von ihren politischen  
30 Mitbewerbern.

31  
32 Unsere politische Familie, die Europäische Volkspartei, hat die historische Entwicklung Europas wie keine  
33 andere politische Kraft beeinflusst. Die EVP war seit ihrer Gründung immer eine politische Kraft mit einer  
34 klaren Vision für Europa. Wir sind überzeugt, dass viele der aktuellen Probleme nicht allein auf nationaler  
35 Ebene gelöst werden können. Als Nachfolger der Gründungsväter der europäischen Integration, Jean  
36 Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi, sind wir uns des bedeutenden Erbes  
37 bewusst und der Gestaltung des zukünftigen Europas verpflichtet. Diesbezüglich ist es von ungeheurer  
38 Wichtigkeit, das Bewusstsein der Öffentlichkeit über die Verbrechen der nationalsozialistischen und der  
39 totalitären kommunistischen Regime zu schärfen und diese Verbrechen unmissverständlich zu verurteilen.

40  
41 Nach der bitteren Erfahrung mit dem sozialistischen Experiment, das verantwortlich war für mehrere  
42 Jahrzehnte Bevormundung, Unterdrückung des freien Willens und der systematischen Missachtung der  
43 menschlichen Würde, sind wir überzeugt, dass der Staat nicht für alle Entscheidungen des Lebens  
44 zuständig sein sollte. Wir sind außerdem überzeugt, dass die Europäische Union sich nicht mit Dingen  
45 befassen sollte, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene besser und effizienter behandelt werden  
46 können. Die EVP will eine Europäische Union, die klare Prioritäten setzt, sich aber aus Angelegenheiten  
47 heraushält, die auf einer niedrigeren Ebene, näher an der Bürgerin und am Bürger selbst, behandelt  
48 werden sollten. Zu diesem Zweck tritt die EVP für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und des von  
49 der Basis ausgehenden Bottom-Up-Ansatzes bei der Organisation einer von allen Bürgerinnen und Bürgern  
50 unterstützten Europäischen Union ein.

51  
52 Die EVP tritt seit Jahren für einen neuen Vertrag für die Europäische Union ein, da Europa transparenter,  
53 effizienter, demokratischer und handlungsfähiger sein muss, um die vor uns liegenden Herausforderungen

54 zu bewältigen. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger weiterhin über die Vorteile des Vertrags von  
55 Lissabon und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union informieren, die nicht nur unsere  
56 demokratische Legitimation, sondern auch das rechtliche Fundament einer Union der Werte stärken.  
57 Unsere oberste Priorität muss jetzt die Konsolidierung der EU sein. Es muss gewährleistet sein, dass die EU  
58 bei weiteren Erweiterungsrunden nicht ihre Fähigkeit zum effizienten Handeln verliert. Die  
59 Beitrittsverhandlungen mit Kroatien werden vorangetrieben und so schnell wie möglich abgeschlossen.  
60 Auch die anderen westlichen Balkanstaaten haben Beitrittsperspektiven. Wir müssen mit möglichen  
61 zukünftigen Erweiterungen vorsichtig sein. Zuerst gilt es, die Fähigkeit der EU zum effizienten Handeln zu  
62 gewährleisten, und ein neuer Vertrag ist dafür sehr wichtig. Denjenigen europäischen Ländern, die kein  
63 Mitglied der Europäischen Union werden können oder wollen, sollten Partnerschaften mit der EU  
64 angeboten werden.

## 65 66 **Unsere Werte**

67  
68 Unsere Idee von Europa leitet sich ab aus unserer Verbundenheit mit den Werten einer offenen  
69 Gesellschaft und des gemeinsamen kulturellen Erbes Europas – und basiert stets auf Werten und  
70 gemeinsamen Traditionen, die tief in unserer Zivilisation verwurzelt sind. Unsere Werte – die jüdisch-  
71 christlichen Wurzeln und das gemeinsame kulturelle Erbe Europas – zusammen mit seiner klassischen und  
72 humanistischen Geschichte, den Errungenschaften der Aufklärung und der in Europa von den Kirchen  
73 gespielte aktive Rolle bei der Förderung von Toleranz und gegenseitigem Respekt bilden das Fundament  
74 unserer politischen Familie.

75  
76 Wir haben uns an ein Leben in einem gemeinsamen geografischen und politischen Raum des Friedens, der  
77 Freiheit, der Demokratie und des Wohlstands gewöhnt – einem Raum mit enormem Reichtum und  
78 anregender kultureller Vielfalt. Unsere Gedanken und politischen Handlungen basieren auf unabhängigen  
79 und gleichermaßen wichtigen universellen Grundwerten: Freiheit und Verantwortung, Gleichheit,  
80 Gerechtigkeit und Solidarität. Wahrer Frieden bedeutet für uns Unabhängigkeit und Verantwortung; er  
81 bedeutet weder Kollektivismus noch unverantwortlichen und egozentrischen Individualismus. Für uns  
82 steht die Würde des Menschen im Mittelpunkt; wir betrachten den Menschen als Subjekt, nicht als Objekt  
83 der Geschichte. Vor diesem Hintergrund ist das menschliche Leben für uns in all seinen Ausprägungen und  
84 Stadien und die menschliche Würde bei medizinischen und gentechnischen Fortschritten zu respektieren.

85  
86 Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei allen Entscheidungsprozessen und auf dem  
87 Arbeitsmarkt ist ein vorrangiges Anliegen.

88  
89 Menschen sind in unseren Augen nicht nur einzelne Individuen, sondern Menschen mit Familien. Die  
90 Familie verdient – besonders heute, zu Zeiten eines tief greifenden gesellschaftlichen Wandels – die  
91 besondere und konkrete Unterstützung durch die Gesellschaft. Was gut für die Familie ist, ist auch gut für  
92 die Gesellschaft. Menschen sind auch Teil von Gemeinschaften, Regionen und Ländern und haben sowohl  
93 Rechte als auch Pflichten – auch auf EU-Ebene. Gerechtigkeit, grundsätzliche Gleichheit für alle und die  
94 Würde jedes Einzelnen sind untrennbar. Solidarität bedeutet, sich der gegenseitigen Abhängigkeit des  
95 Individuums und seiner Gemeinschaften bewusst zu sein. Aber sie bedeutet vor allem, die Schwächsten in  
96 unserer Gesellschaft und in der Welt zu schützen. Sie bedeutet globale Verantwortung.

97  
98 In puncto Verantwortung tritt die EVP auch für einen nachhaltigeren Umgang mit unserem Planeten ein,  
99 der unser aller Heimat ist. Wir müssen mit der Biosphäre und den Lebensformen, die das gemeinsame  
100 Erbe der Menschheit darstellen, verantwortungsvoll umgehen, damit der Planet auch für zukünftige  
101 Generationen ein lebenswerter Ort ist. Das akute Problem der globalen Erwärmung zeigt, dass die  
102 Menschheit das Problem auf internationaler Ebene so schnell wie möglich entschieden in Angriff nehmen  
103 muss. Die EVP ist überzeugt, dass die Europäische Union eine wichtige Rolle spielen und anderen Teilen  
104 der Welt zeigen wird und muss, dass es möglich ist, gleichzeitig Wirtschaftssysteme zu modernisieren,  
105 Arbeitsplätze zu schaffen und die Umwelt zu schonen. Die derzeitige Krise erinnert uns daran, dass die  
106 nachhaltige Entwicklung bei allen unseren Entscheidungen im Mittelpunkt stehen sollte.

107

## 108 **1. Wohlstand für alle**

109

### 110 **Solidarität als Fundament unserer Gesellschaft**

111

112 Für die Europäische Volkspartei ist die Wirtschaft kein Selbstzweck. Sie steht im Dienste eines  
113 Gesellschaftskonzepts, das auf Individualität, Freiheit, Solidarität und sozialem Zusammenhalt beruht. Dies  
114 spiegelt sich in unserer Vorstellung von einer sozialen Marktwirtschaft wider. Für uns hatte das Projekt  
115 Europa stets eine soziale Dimension. Ziel großer europäischer Errungenschaften wie des Binnenmarktes  
116 und unserer gemeinsamen Währung, des Euro, war es immer, für die Bürgerinnen und Bürger durch  
117 Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung und Schaffung neuer Arbeitsplätze in einer sich zunehmend  
118 globalisierenden Welt einen Mehrwert zu schaffen.

119

120 Das Erreichen der Ziele der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas betrifft alle europäischen  
121 Bürgerinnen und Bürger. Die Agenda der EVP sendet eine Botschaft der Hoffnung, des Wohlstands und  
122 der Solidarität und appelliert an alle europäischen Bürgerinnen und Bürger, für die gemeinsame Zukunft  
123 Europas zusammenzuarbeiten.

124

125 Die Bewältigung wirtschaftlicher Probleme ist nicht ohne die internationale Zusammenarbeit möglich. Die  
126 aktuelle Krise, in der sich die europäische Wirtschaft und der Binnenmarkt befinden, kann nur durch  
127 koordinierte Strategien bewältigt werden. Dies ist wichtig, um das zukünftige Wachstum, aber auch die  
128 Stabilität des Euro zu sichern.

129

130 Arbeitnehmer werden in Zukunft flexibler arbeiten. Dies gilt für die Wochen- und Tagesarbeitszeiten, aber  
131 auch für das gesamte Leben: Arbeitsphasen wechseln sich ab mit Aus- und Weiterbildungsphasen, Freizeit,  
132 Zeiten für Familie oder soziale Aktivitäten. Es wird wichtig sein, unter anderem auch ausreichend  
133 Kinderbetreuungseinrichtungen und die Möglichkeit für Eltern, Kinder und Karriere miteinander zu  
134 vereinbaren, zu bieten. Unser oberstes Ziel ist es, ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit zu  
135 finden. Die Sozialversicherungssysteme sollten deshalb modernisiert werden, um sie für die neuen  
136 Herausforderungen zu wappnen, ohne ihre wichtigsten Ziele aufzugeben: Solidarität und  
137 Funktionsfähigkeit.

138

139 Für uns ist die wirtschaftliche Dynamik in Europa nicht nur mit sozialer Verantwortung vereinbar, sie ist  
140 sogar deren Voraussetzung. Ohne eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sind sozialer  
141 Zusammenhalt und politische Stabilität nicht möglich. Unsere wertebasierte Vorstellung vom Menschen  
142 bedeutet für uns, dass niemand aufgehalten und niemand zurückgelassen werden sollte. Wir müssen  
143 Begabungen entwickeln und fördern und in Bildung, lebenslanges Lernen und Beschäftigung investieren,  
144 um Chancen für alle zu schaffen – für Männer und Frauen, junge Menschen, Neulinge, ältere Menschen  
145 und Behinderte. Jeder hat ein Recht auf Einkommen, Arbeit und Altersrente. Dies wird immer schwieriger,  
146 da insbesondere Menschen mit niedrigeren Einkommen und Arbeitslose von den steigenden  
147 Nahrungsmittel- und Energiepreisen betroffen sind. Es ist wichtig, sich stärker für eine wissensbasierte  
148 Gesellschaft, die nachhaltig neue Arbeitsplätze schaffen kann, einzusetzen, dies schließt auch die  
149 Förderung des Unternehmergeistes ein. Auf der einen Seite sollten Sozialversicherungssysteme gemäß  
150 dem Solidaritätsprinzip Bedürftigen helfen, auf der anderen müssen sie Arbeitslosen Anreize geben,  
151 (wieder) in das Erwerbsleben einzutreten. Wir appellieren an das Verantwortungsbewusstsein beider  
152 Seiten: Arbeitgeber sollten sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sein, und Arbeitnehmer sollten  
153 offen sein für Flexibilität, Qualifizierung und lebenslanges Lernen.

154

### 155 **Eine wertebasierte Wirtschaft**

156

157 Die EVP unterstreicht die Bedeutung der Werte, nicht nur in unserer Gesellschaft allgemein, sondern auch  
158 in der Wirtschaft. Die Wirtschaft muss sich – als ein Teil unserer Gesellschaft – an genau jene Werte  
159 halten, auf die unsere Gesellschaft aufbaut: Freiheit und Verantwortungsbewusstsein sind für uns zwei  
160 Seiten derselben Medaille.

161  
162 **Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft, die ökologische Investitionen fördert**  
163

164 Die im Entstehen begriffene globale Gesellschaft birgt gleichzeitig Chancen und Herausforderungen. Für  
165 die Europäische Volkspartei ist die Europäische Union die richtige Antwort, wenn es darum geht, die  
166 Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen und deren Chancen zu nutzen.  
167

168 Wirtschaftswachstum ist äußerst wichtig, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.  
169 Eine große Herausforderung für die Europäische Union in den nächsten Jahren besteht darin, unsere  
170 Wirtschaft in eine wissensbasierte und kohlenstoffarme Wirtschaft zu verwandeln. Die Welt erfährt im  
171 Zusammenhang mit der Globalisierung und dem Klimawandel derzeit radikale Änderungen. Gleichzeitig  
172 kämpft die Wirtschaft mit starken Währungs-, Lebensmittel- und Energiepreisschwankungen. Diese  
173 Herausforderungen betrachten wir auch als Möglichkeit, unsere Wirtschaft nachhaltig und  
174 energieeffizient zu gestalten und Europa eine weltweite Führungsposition auf diesem Gebiet zu  
175 verschaffen. Besonders die derzeitige Rezession sollte als Gelegenheit genutzt werden, um ökologische  
176 Investitionen zu fördern. Dies kurbelt Beschäftigung, Unternehmergeist und Investitionen in erneuerbare  
177 Ressourcen an und verbessert somit die Leistung der europäischen Wirtschaft und schafft neue  
178 Arbeitsplätze. Um der Rezession Herr zu werden, müssen wir die Wirtschaft stärken. Das Ende der  
179 Wirtschaftskrise sollte einhergehen mit einer gesünderen und neu strukturierten Wirtschaft, nicht mit  
180 einer geschrumpften und schwächeren ökonomischen Struktur aufgrund falscher wirtschaftlicher  
181 Entscheidungen.  
182

183 Die Europäische Union bringt die für die Rolle als wichtiger Akteur der internationalen Wirtschaft  
184 erforderlichen Voraussetzungen mit. Mit 27 Mitgliedstaaten und beinahe 500 Millionen Bürgerinnen und  
185 Bürgern ist sie derzeit der größte Markt. Die durch die Erweiterung entstandene wirtschaftliche Dynamik  
186 kam allen Mitgliedstaaten zugute, und ein funktionierender Binnenmarkt wird auch in Zukunft  
187 zweifelsohne die wirtschaftliche Entwicklung Europas ankurbeln. Europa ist auf Handel und Export  
188 angewiesen, eine offene Wirtschaft ist also ganz in seinem Sinne. Es gibt bedeutende Wachstums-,  
189 Investitions- und Arbeitsmöglichkeiten. Der Euro wird unsere Wirtschaftssysteme enger miteinander  
190 verbinden und deshalb Wettbewerb, Unternehmergeist und Innovation fördern – drei wichtige  
191 Voraussetzungen für stärkeres Wachstum und mehr Arbeitsplätze.  
192

193 Für die Europäische Volkspartei hat die Schaffung von Arbeitsplätzen oberste Priorität. Nur, wenn es uns  
194 gelingt, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen, werden wir in der Lage sein, Wohlstand für alle zu  
195 gewährleisten und die Zukunft unserer Sozialversicherungssysteme vor dem Hintergrund des  
196 demografischen Wandels zu sichern. Das zentrale Ziel unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist deshalb  
197 Arbeit für alle; dies ist auch der beste Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Ferner betrachten wir  
198 es als unsere Pflicht, für gute Arbeitsbedingungen und zuverlässige Sozialversicherungssysteme zu sorgen.  
199 Dies gelingt am besten, indem wir Arbeitsplätze schaffen und den sozialen und territorialen  
200 Zusammenhalt sichern; die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und lokale wie regionale Behörden  
201 sollten Hand in Hand arbeiten, um alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.  
202

203 Neue und nachhaltige Arbeitsplätze können nur durch eine dynamische Wirtschaft geschaffen werden, die  
204 grüne Investitionen fördert. Eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist deshalb  
205 ein umfassendes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die EVP hält die Arbeitslosenquote in manchen  
206 Gegenden Europas für inakzeptabel hoch, insbesondere den Anteil von Frauen und jungen Menschen.  
207 Dies wirkt sich negativ auf den sozialen Zusammenhalt aus und ist finanziell untragbar. Der Mangel an  
208 qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere im unteren Segment, trägt zu diesem Problem ebenso bei wie  
209 die hohe Besteuerung. Wir benötigen Systeme, die die Beschäftigungschancen von Arbeitslosen aktiv  
210 steigern. Hier sind in erste Linie Investitionen in das Humankapital erforderlich, um qualifizierte und hoch  
211 motivierte Arbeitskräfte zu bekommen.  
212

213 Darüber hinaus ist in allen Bereichen der Gesellschaft mehr Unternehmergeist gefordert. Um die  
214 Beschäftigung anzukurbeln, will sich die EVP auf die Einführung direkter und konkreter Maßnahmen  
215 konzentrieren, die die Gründung neuer Unternehmen fördern und insbesondere den Unternehmergeist  
216 junger Menschen und Frauen unterstützen. Diese Maßnahmen sollten u. a. den Verwaltungsaufwand bei  
217 Unternehmensgründungen verringern, das Regulierungsumfeld vereinfachen, das allgemeine  
218 Steuerniveau senken, den Zugang zu Finanzquellen, insbesondere zu Risikokapital, für neue Unternehmen  
219 verbessern sowie eine bessere unternehmerische Kultur fördern. Der europäische  
220 beschäftigungspolitische Ansatz sollte verstärkt die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten  
221 fördern; die europaweite Erhebung statistischer Daten sollte zu einer besseren Vergleichbarkeit und  
222 weniger Bürokratie führen. Überdies entfallen ein Drittel der öffentlichen Ausgaben und mehr als zwei  
223 Drittel der öffentlichen Investitionen in der EU auf die nationalen, lokalen und regionalen Behörden; diese  
224 sind somit zuverlässige und aktive Akteure, die in der Lage sind, effiziente Lösungen anzubieten und  
225 Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

226  
227 Wie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der EU-Vertrag unterstreichen auch wir die  
228 Wichtigkeit der Arbeitnehmerrechte und die Rolle, die all die verschiedenen, in Europa aktiven  
229 Gewerkschaften spielen. Die EVP ist stolz auf ihre Wurzeln als eine echte Volkspartei und ihre  
230 ausgezeichneten Beziehungen zu den Gewerkschaften auf nationaler wie auf europäischer Ebene.

231  
232 Für die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft schlägt die EVP folgende  
233 Prioritäten vor:

#### 234 235 **Vollendung des Binnenmarktes und Ausdehnung der Eurozone**

236  
237 Dank Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion hat die EU große Fortschritte bei der Schaffung  
238 eines gemeinsamen Marktes für nahezu 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger gemacht. Es gilt jedoch  
239 noch viele Hindernisse zu überwinden. Insbesondere im Dienstleistungssektor, v. a. im Energie- und  
240 Transportsektor, sind wir noch weit von einem echten Binnenmarkt entfernt. Dies hat negative  
241 Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Die Beseitigung verbleibender Hindernisse auf dem Binnenmarkt –  
242 bei der die nationalen Zuständigkeiten der Sozialversicherungssysteme und das Recht jedes  
243 Mitgliedstaates auf ein eigenes Arbeitsmarktmodell respektiert werden – ist eine wichtige Voraussetzung  
244 für die Förderung von Wachstum und die Schaffung neuer und besserer Arbeitsplätze. Dies gilt auch für  
245 die Einführung des Euro in weiteren Mitgliedstaaten. Die EVP schlägt vor, ein Bürger-Manifest zum  
246 Binnenmarkt herauszugeben, in dem die zehn Hauptängernisse der Bürgerinnen und Bürger aufgeführt  
247 sind und das eine Aufforderung an die Kommission und die Mitgliedstaaten zum Handeln ist. Darüber  
248 hinaus unterstützen wir neue Initiativen zur Gewährleistung von Verbraucherschutz und  
249 Verbrauchersicherheit auf allen EU-Märkten.

#### 250 251 **Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen**

252  
253 Auch die Durchführung umfangreicher Infrastrukturprojekte ist Voraussetzung für die wirtschaftliche  
254 Erholung. Besonders wichtig für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes sind die  
255 Transeuropäischen Netze (TEN). Durch sie können nicht nur Arbeitsplätze geschaffen werden, sie würden  
256 auch die europäische Wirtschaft insgesamt stimulieren, besonders durch den Tourismus. Zudem gewänne  
257 Europa durch höhere Infrastrukturinvestitionen in Drittstaaten in unserer globalisierten Welt an Einfluss.  
258 Die EVP fordert deshalb die Vollendung des Binnenmarktes im Energie- und Transportsektor zusammen  
259 mit einer raschen Erweiterung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T).

#### 260 261 **Bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik**

262  
263 Die Rückkehr zum Wachstum auf europäischer Ebene sollte durch eine bessere Abstimmung der  
264 Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten, insbesondere bei der Umsetzung der Nationalen

265 Reformprogramme (NRP), gefördert werden. Eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und  
266 Finanzpolitik trägt zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

267

### 268 **Größeres Augenmerk auf Forschung und Innovation**

269

270 Europa hat in Sachen Forschung und Innovation Aufholbedarf. Das Hauptproblem liegt darin, dass  
271 Bemühungen isoliert und ungebündelt erfolgen und sich der Übergang von der Forschungs- zur  
272 Innovationsphase sehr schwierig gestaltet. Es gibt immer noch eine Lücke zwischen der Wissenserzeugung  
273 (Forschung) und der Wissensanwendung (Produkte und Dienstleistungen), wobei Europa bei Letzterer  
274 sichtbar größere Schwächen aufweist. Es gilt, die Zusammenarbeit bei Forschungsprogrammen und  
275 zwischen Forschern auf europäischer wie auf internationaler Ebene zu verbessern und die  
276 Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) bis 2010 auf 3 % und bis 2015 auf 4 % des BIP zu  
277 erhöhen. Die Einführung eines Gemeinschaftspatents, das seit 30 Jahren diskutiert wird, wäre ein großer  
278 Anreiz für Privatinvestitionen in die FuE. Wir müssen der Bedeutung des geistigen Eigentums für die  
279 Förderung von Innovation und Wohlstand Rechnung tragen.

280

### 281 **Abbau der Bürokratie**

282

283 Eine ausufernde Bürokratie erschwert die Gründung neuer Unternehmen und hindert bereits bestehende  
284 Unternehmen daran, sich auf ihre Aktivitäten zu konzentrieren. Die EVP unterstützt die Idee,  
285 Unternehmen ein Umfeld zu bieten, das die wirtschaftlichen Aktivitäten erleichtert und es ihnen  
286 ermöglicht, sich in der internationalen Wirtschaft zu behaupten. Deshalb sollte der bürokratische  
287 Aufwand minimiert und die durch rechtliche Vorgaben entstehenden Kosten für Unternehmen und  
288 Beschäftigung systematisch geprüft werden. Die EVP begrüßt das von der Europäischen Kommission  
289 unterbreitete Ziel, den Regulierungsaufwand für europäische Unternehmen bis 2012 um 25 % zu senken.

290

### 291 **Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**

292

293 Zwei Drittel der Arbeitsplätze im Privatsektor in Europa entfallen auf kleine und mittlere Unternehmen, so  
294 auch ein Großteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze. KMU leisten aufgrund ihrer Flexibilität und ihrer  
295 Dynamik einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit der Wirtschaft eines Landes. In Europa gibt es nicht  
296 genug Unternehmer mit Pioniergeist, und die EVP wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um den  
297 Unternehmergeist wieder zu beleben und eine dynamischere Wirtschaft zu schaffen. Junge Menschen und  
298 Frauen sollten diesbezüglich ganz besonders gefördert werden. Besonderes Augenmerk muss auf die  
299 Bedürfnisse von Jungunternehmen gelegt werden, die von der ausufernden Bürokratie entlastet werden  
300 sollten. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind bei einem Wirtschaftsabschwung aufgrund ihrer  
301 Abhängigkeit von Bankkrediten und ihres beschränkten Zugangs zu den Finanzmärkten durch die  
302 Kreditklemme besonders gefährdet. Damit KMU auch in Zukunft die Haupttriebkraft für Wachstum,  
303 Arbeitsplatzsicherung und Innovation bleiben, müssen sie unterstützt werden. Zielgruppe von EU- und  
304 nationalen Konjunkturförderungspaketen sollten deshalb KMU sein.

305

306 KMU sollten ermutigt und unterstützt werden, ökologische Investitionen als sinnvollen Ausweg aus der  
307 derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu begreifen und zu nutzen.

308

### 309 **Ausgeglichene Haushalte**

310

311 Wir sollten heute nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben. Deshalb setzt sich die EVP weiterhin  
312 intensiv für den Stabilitäts- und Wachstumspakt ein, um ausgeglichene Haushalte zu erreichen und mit  
313 der Rückzahlung öffentlicher Schulden zu beginnen. Eine stabile makroökonomische Umgebung ist in  
314 unseren Augen unerlässlich, um die Ziele Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung zu erreichen.

315

### 316 **Bekämpfung der Depression und größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Finanzmärkte**

317

318 Nach dem jüngsten Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems erleben wir zurzeit die  
319 schlimmste Finanz- und Bankenkrise seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Um das Ausmaß der Krise zu  
320 begrenzen, ergriffen Europa und die Vereinigten Staaten koordinierte politische Maßnahmen; die  
321 Auswirkungen auf die reale Wirtschaft sind jedoch bereits in vielen Ländern zu spüren. Da die  
322 Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten immer weiter zunimmt, die Rezession auch in Europa konkrete  
323 Formen annimmt, Schwellenländer ins Straucheln geraten und die Kreditklemme in vielen unserer  
324 Unternehmen – insbesondere in KMU – ihren Tribut fordert, sind alle politischen Entscheidungsträger zu  
325 außerordentlichem, koordiniertem und schnellem Handeln aufgefordert, um eine weitere  
326 Verschlechterung der Lage abzuwenden. Um die Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen auf die reale  
327 Wirtschaft zu begrenzen, gilt es in erster Linie, das Vertrauen in das Bankensystem, das sich zur  
328 Bereitstellung von Krediten für Unternehmen und Haushalte verpflichten muss, wiederherzustellen,  
329 politische Maßnahmen zu erlassen, die das Wachstum im öffentlichen Sektor ankurbeln, und auf eine  
330 ernsthafte Reform des internationalen Finanzsektors durch eine stärkere Kontrolle auf europäischer und  
331 internationaler Ebene und eine effiziente Regulierung zu dringen.

332  
333 Die Krise trifft Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa. Wie sie ausgeht, entscheidet sich durch unsere  
334 politische Fähigkeit, koordiniert und effektiv auf die vor uns liegenden Herausforderungen zu reagieren.  
335 Wir können es nicht zulassen, dass der Finanzsektor die Gewinne einstreicht und der Öffentlichkeit die  
336 Verluste aufbürdet. Wir müssen verstehen lernen, wie die Märkte, insbesondere die Finanzmärkte,  
337 funktionieren, und die Rolle der Regulierung in der modernen, globalisierten Wirtschaft des 21. Jh. muss  
338 vollkommen neu definiert werden.

339  
340 Ferner müssen wir uns kritischer mit der Frage um große Finanzinstitute, die wegen ihrer Größe als „too-  
341 big-to-fail“ (zu groß, um in Konkurs zu gehen) gelten, und die voraussichtlichen Auswirkungen ihres  
342 Versagens auf die gesamte Wirtschaft befassen. EU- und nationale Wettbewerbsregeln sollten weiter  
343 verschärft werden, um die Wiederholung eines solchen Phänomens zu vermeiden und das potenzielle  
344 Risiko auszuschalten, dass sie sich bei finanziellen Schwierigkeiten für ihre Rettung zu sehr auf  
345 Steuergelder verlassen. Deshalb sollte sorgfältig abgewogen werden zwischen der erforderlichen Rettung  
346 von Banken und Finanzinstituten, die sich in Schwierigkeiten befinden und die effiziente Funktionsweise  
347 unseres Marktsystems beeinträchtigen können, und der Erholung dieser Märkte. Die Gefahr eines  
348 möglichen Missbrauchs zukünftiger Schutzmaßnahmen der Regierung, d. h. das Wiederaufflammen des  
349 „Moral Hazard“-Problems bei Großunternehmen, muss um jeden Preis verhindert werden.

350  
351 Zudem ist eine Bewertung des Risikopotenzials neu eingeführter Finanzinstrumente erforderlich, und die  
352 Regulierungsinstanzen sollten keine Instrumente und Praktiken zulassen, die sie nicht verstehen.  
353 Gefordert ist außerdem eine größere Sorgfalt beim Management von Rentenfonds durch Finanzinstitute.  
354 Es bedarf der Einführung unmissverständlicher Vorschriften, die einen stärkeren Schutz, klarere  
355 Informationen und größere Transparenz bei der Verwaltung dieser Fonds durch Bankinstitute  
356 berücksichtigen, um bessere Standards für die Verbraucher festzulegen. Dies ist von größter Wichtigkeit –  
357 zum einen, um das künftige Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, und zum anderen, um  
358 demonstrieren zu können, dass wir es mit der Errichtung eines sozial verantwortungsvolleren und  
359 sichereren Finanzsystems ernst meinen.

360  
361 Vor diesem Hintergrund unterstützt die EVP Regulierungsmaßnahmen, die größere Transparenz,  
362 Verantwortlichkeit und Kontrolle auf EU- wie auf internationaler Ebene fördern. Wir sollten uns auf den  
363 Erlass einer „besseren Regulierung“ für den Finanzsektor konzentrieren, nicht auf den „irgendeiner  
364 Regulierung“. Darüber hinaus sollten wir, auch wenn im revidierten Stabilitäts- und Wachstumspakt  
365 Dringlichkeitsmaßnahmen enthalten sind, die in der Tat derzeit notwendig sind, darauf achten, die Regeln  
366 für ein solides öffentliches Schuldenmanagement nicht mehr als für Notmaßnahmen erforderlich  
367 auszudehnen. Es sollten vorläufige Rettungsmaßnahmen eingeführt werden, ohne gleichzeitig die  
368 Strukturreformen zu vergessen, die notwendig sind, eine globale Depression und die Gefahr einer  
369 Abwärtsspirale in der EU abzuwenden. Schließlich sollten wir das erneute Aufflammen potenziell  
370 gefährlicher protektionistischer Maßnahmen in Europa und den Vereinigten Staaten verhindern, da sie



371 das Wachstum auf lange Sicht hemmen und die Bemühungen um mehr Innovation und Investitionen in  
372 FuE zunichte machen würden. Schließlich tritt die EVP für folgende Empfehlungen für die Umsetzung eines  
373 besser funktionierenden Regulierungs- und Politikregimes im Finanzsektor in der Zukunft ein:

- 374
- 375 1. Die Finanzsektorkontrolle und die allgemeine Transparenz von Finanzinstituten sollten verbessert  
376 werden.
  - 377 2. Es sollten Mechanismen zur Schaffung eines europaweiten und regelbasierten Regulierungssystems  
378 im Finanzsektor entwickelt werden.
  - 379 3. Bestehende Mängel bei der Rechnungslegung („Accounting Gap“) sollten behoben werden.
  - 380 4. Es gilt, das richtige Gleichgewicht zwischen ausreichenden Regulierungs- und Aufsichtsmaßnahmen  
381 und der Stabilität des Finanzsystems zu finden. Neue Finanzprodukte sollten bei ihrer Einführung  
382 eingehend auf ihre Wirkung hin bewertet werden, um die finanzielle Stabilität nicht zu gefährden.  
383 Das Finanzsystem sollte durch die Einführung notwendiger Regulierungen und Kontrollen auf den  
384 europäischen und internationalen Finanzmärkten stabilisiert werden. Das Finanzsystem muss im  
385 Dienste unserer Volkswirtschaften stehen und besonders die Erfordernisse von Jungunternehmen  
386 und KMU berücksichtigen, die in Europa die meisten Arbeitsplätze schaffen.
  - 387 5. Der Informationsaustausch, der Dialog und die internationale Zusammenarbeit zwischen nationalen  
388 Aufsichtsbehörden und Finanzinstituten sollte verbessert werden, um bei der Bewertung der  
389 zunehmend komplexen Finanzinstrumente eine mangelnde Vergleichbarkeit und Konsistenz zu  
390 vermeiden.
  - 391 6. Die internationale Zusammenarbeit sollte intensiviert werden. Wenn wir dieser Krise begegnen und  
392 eine neuerliche Krise vermeiden wollen, müssen wir das internationale Finanzsystem reformieren  
393 und umgestalten. Regulierungen allein auf europäischer Ebene reichen für internationale  
394 Finanzmärkte nicht aus. Deshalb ist eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit im  
395 Rahmen der G-20 und anderer internationaler Institutionen gefordert.
  - 396 7. Finanzinstitute wie auch Rating-Agenturen müssen ihre Risikomanagementverfahren und  
397 Transparenz verbessern.
  - 398 8. Managergehälter sollten überprüft und die Bonusstruktur des Managementgehaltssystems  
399 umgestaltet werden. Für die Zukunft muss die persönliche Haftung von Managern im Sinne der  
400 „Rules of Good Conduct“ ausgeweitet werden.

401  
402 Darüber hinaus muss die EU die europäischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Werte, die auf  
403 ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum abzielen, für die neuen Schwellenländer als attraktives Modell  
404 präsentieren. Vor diesem Hintergrund sollte die Rolle der EU als internationaler Partner weiter gefördert  
405 und unterstützt werden.

#### 406 **Förderung einer wissensbasierten Gesellschaft**

407  
408 Obwohl in den vergangenen Jahren einige Fortschritte zu verzeichnen waren, ist das in der Lissabon-  
409 Strategie verankerte Ziel der EU, der wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt zu  
410 werden, noch längst nicht erreicht. Für die EVP haben die Ziele dieser Strategie hohe Priorität, da Europa  
411 auf diese Weise international ein wichtiger wirtschaftlicher Akteur sein und seinen Bürgerinnen und  
412 Bürgern Arbeitsplätze bieten kann, die sie für ein würdiges Leben benötigen.

413  
414 Erstklassige und effektive Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, die EU-weite Anerkennung  
415 von Qualifikationen sowie hoch qualifizierte und -motivierte Arbeitskräfte spielen bei der Verbesserung  
416 der Beschäftigungsrate innerhalb der Europäischen Union eine zentrale Rolle. Die allgemeinen Bildungs-  
417 und Berufsbildungsmöglichkeiten müssen auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes abgestimmt sein;  
418 nur so wird gewährleistet, dass alle Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben  
419 können.

420  
421 Um die Bürgerinnen und Bürger besser auf die Anforderungen einer Hightech-basierten Wirtschaft  
422 vorzubereiten, müssen wir mehr aus den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung herausholen.  
423

424 Dies ermöglicht es, vollwertige Mitglieder der Wissensgesellschaft zu sein. Vor allem das Konzept des  
425 lebenslangen Lernens muss von allen Teilen der Gesellschaft verinnerlicht werden. Ferner sollten die  
426 Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten den Anforderungen des Arbeitsmarktes genügen.  
427 Fremdsprachenausbildung und -reisen ins Ausland erweitern den Horizont und steigern die Mobilität. Die  
428 EVP will administrative Hürden beseitigen, um die Freizügigkeit zu verbessern. Eine intensivere  
429 grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gesundheitsversorgungssysteme sollte größere Vorteile für  
430 die Patienten bringen und die Effizienz steigern. Die EU-Kommission sollte deshalb diesbezüglich größeren  
431 Einsatz zeigen. Allgemein benötigen wir größere Freiheit bei der (wirtschaftlichen und sozialen)  
432 Zusammenarbeit in Grenzregionen. Zudem ist auch ein größeres Engagement für die Reduzierung der  
433 digitalen Kluft vonnöten, von der immer noch hauptsächlich ältere Menschen und Gruppen mit  
434 niedrigerem Einkommen betroffen sind, die von der Nutzung moderner Kommunikationstechnologien  
435 ausgeschlossen sind.

### 436 437 **Reduzierung von Steuern und Abgaben**

438  
439 Die allgemein hohen Steuern und Sozialabgaben in vielen Mitgliedstaaten behindern die  
440 Vermögensbildung, da sie private Initiativen bremsen, innovative Instrumente im Keim ersticken und das  
441 Engagement neuer Arbeitskräfte dämpfen. Deshalb fordern wir die Mitgliedstaaten auf, folgende  
442 Empfehlungen zur Steuerpolitik in Europa zu beherzigen:

- 443  
444 1. *Allgemeine Steuerentlastung in Europa* – dessen Steuersätze zu den höchsten der Welt zählen –, um  
445 Arbeit, Sparen und Investitionen in Europa attraktiver zu machen.
- 446 2. *Weitere Vereinfachung der Steuersysteme in Europa*, um sie für die Steuerzahler transparenter und  
447 verständlicher zu machen und einem „Zweiklassen“-Markt vorzubeugen, auf dem es Steuerzahler gibt,  
448 die sich einen Steuerberater leisten können, und solche, die es nicht können.
- 449 3. Um keine Unterschiede zwischen Kapital und Arbeit zu machen, sollten *Steuersenkungen* nicht nur  
450 dem Produktionsbereich zugute kommen, sondern *auch auf persönliche Einkommen ausgeweitet*  
451 *werden*.
- 452 4. Angesichts des immer stärkeren internationalen Wirtschaftswettbewerbs müssen die Steuersysteme  
453 umstrukturiert werden, um Europa für Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver zu  
454 machen. Erreicht werden kann dies durch eine Senkung der allgemeinen Steuerbelastung und die  
455 *Einführung niedrigerer Steuersätze und Reduzierung von Befreiungen*. Dies wird zudem zu einer  
456 Annäherung der Steuersysteme führen.
- 457 5. Um irrationalen Verzerrungen des Handels und Anreizen zum Betrug vorzubeugen und die  
458 internationalen Auswirkungen von Steuermaßnahmen durch die Förderung grenzüberschreitender  
459 Aktivitäten zu verbessern, unterstützt die EVP die Fortführung der Diskussionen über die  
460 angemessene Koordinierung hinsichtlich der indirekten Besteuerung in Europa. Bei diesen  
461 Diskussionen müssen die Bestimmungen des EU-Vertrags und die nationale Souveränität der  
462 Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

463  
464 Im Hinblick auf einen verbesserten Wettbewerb auf europäischer und internationaler Ebene begrüßt die  
465 EVP die Reformen jener Steuersysteme, die durch die Senkung der Steuersätze und Reduzierung der  
466 Befreiungen eine Annäherung der Bemessungsgrundlagen erreicht haben. Zu diesem Zweck, so sind wir  
467 überzeugt, ist es notwendig, eine Annäherung der Rechnungslegungsgrundsätze in Europa zu  
468 unterstützen. Dies kann für die betroffenen Unternehmen vorteilhaft sein und eine Reduzierung der  
469 Verwaltungskosten bewirken.

470  
471 Um die Bemühungen der Europäischen Union, der Steuerhinterziehung und anderen illegalen  
472 Finanzaktivitäten Einhalt zu gebieten, besser zu koordinieren, empfehlen wir, strengere Bestimmungen zu  
473 Steueroasen und anderen „Offshore“-Oasen zu erlassen, deren Behörden sich allzu oft unkooperativ  
474 zeigen. Dies würde eine größere Transparenz der Steuerströme gewährleisten und die  
475 Korruptionsbekämpfung in Europa fördern.

476

477 Die Europäische Volkspartei unterbreitet folgende Vorschläge:  
478

- 479 1. **Abwendung einer globalen Depression** – die europäischen Regierungen müssen ihre Steuer- und  
480 Währungspolitiken noch besser aufeinander abstimmen, um zu vermeiden, dass sich die derzeitige  
481 Rezession in Zukunft zu einer Depression auswächst.
- 482 1a. Auch wenn in Krisenzeiten Notmaßnahmen erforderlich sind, sollten wir darauf achten, dass  
483 wir die Regeln für ein *solides öffentliches Schuldenmanagement* nicht mehr als für bestimmte  
484 Maßnahmen erforderlich ausdehnen. Wir sollten heute nicht auf Kosten der nächsten  
485 Generationen leben. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bildet das Hauptgerüst für die  
486 Gewährleistung finanzieller Disziplin;
- 487 2. **Vorbeugung eines erneuten Protektionismus** – die soliden wirtschaftlichen Kompetenzen, der starke  
488 politische Wille und die bisher rasch in die Wege geleiteten politischen Maßnahmen der EVP zeigen,  
489 dass wir auf dem richtigen Weg sind, wenn es darum geht, die Fehler der 1930er-Jahre nicht zu  
490 wiederholen, d. h. die Verabschiedung protektionistischer Maßnahmen, die die Länder voneinander  
491 isolierten und so die wirtschaftliche Lage verschlimmerten.
- 492 2a. **Vorbeugung des Protektionismus auch innerhalb der EU.** Es ist ungeheuer wichtig, dass der  
493 Binnenmarkt ungestört funktioniert. Immer schlechteren Wirtschaftsprognosen zum Trotz muss  
494 Europa an einem gemeinsamen, auf seinen Werten basierenden Ansatz festhalten und darf  
495 nicht in wirtschaftlichen Nationalismus zurückverfallen. Der europäische Binnenmarkt ist der  
496 Eckpfeiler der wirtschaftlichen Erholung. Während die neue Protektionismuswelle zunehmend  
497 kleine Unternehmen trifft, muss der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt Eckpfeiler der  
498 europäischen Wirtschaft bleiben. Europa muss deshalb die Krise bewältigen und seine Lehre  
499 daraus ziehen. Die europäischen Regierungen müssen der Versuchung widerstehen, den  
500 wirtschaftlichen Abschwung als Vorwand zu nehmen, um die Gelder der Steuerzahler zur  
501 Rettung nicht wettbewerbsfähiger Unternehmen zu nutzen.
- 502 3. **Notwendigkeit zur Umstrukturierung der internationalen Finanzstruktur** – Regulierungen allein auf  
503 europäischer Ebene reichen für internationale Finanzmärkte nicht aus. Deshalb ist eine  
504 Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der erweiterten G-20 und anderer  
505 internationaler Institutionen gefordert, bei der auch die immer wichtiger werdenden  
506 Schwellenländer berücksichtigt werden.
- 507 3a. Die **Überwachung des Finanzsektors sowie die Transparenz und Verantwortlichkeit** von  
508 Finanzinstituten müssen verbessert werden. Insbesondere ist eine Bewertung des  
509 Risikopotenzials neu eingeführter Finanzinstrumente erforderlich, und die  
510 Regulierungsinstanzen sollten keine Instrumente und Praktiken zulassen, die sie nicht  
511 verstehen.
- 512 3b. Es müssen konkrete politische und wirtschaftliche Maßnahmen auf den Weg gebracht  
513 werden, um *den angeschlagenen europäischen Bankensektor wieder zu beleben*. Die Banken  
514 müssen umgehend ihre ursprünglichen Aufgaben wieder aufnehmen, d. h. der realen Wirtschaft  
515 Kredite zur Verfügung stellen, um die Finanzierung von Firmen und Unternehmen zu  
516 ermöglichen, und dabei die damit verbundenen Risiken sorgfältig bewerten.
- 517 3c. Als Konsequenz der derzeitigen Krise der Finanzmärkte ist ein *europaweites und*  
518 *regelbasiertes Regulierungssystem für den Finanzsektor* einzuführen.
- 519 4. Unsere zentrale Priorität ist die **Schaffung von Arbeitsplätzen**. Nur, wenn es uns gelingt, ein hohes  
520 Beschäftigungsniveau zu erreichen, werden wir in der Lage sein, Wohlstand für alle zu  
521 gewährleisten und die Zukunft unserer Sozialversicherungssysteme zu sichern. Wir betrachten es als  
522 unsere Pflicht, für gute Arbeitsbedingungen und zuverlässige Sozialversicherungssysteme zu sorgen.  
523 Schließlich benötigen wir aktive Systeme, die die *Beschäftigungschancen von Arbeitslosen steigern*.
- 524 5. Es gilt, die **Koordinierung von Forschungsprogrammen** zu verbessern und die Gesamtausgaben für  
525 Forschung und Entwicklung bis 2010 auf 3 % und bis 2015 auf 4 % zu erhöhen, um Europas Position  
526 in puncto Forschung und Innovation zu verbessern.

- 527 6. Der *bürokratische Aufwand sollte minimiert* und die durch rechtliche Vorgaben entstehenden  
528 Kosten für Unternehmen und Beschäftigung sollten systematisch geprüft werden.
- 529 7. Die derzeitige Rezession ist auch eine sehr gute Gelegenheit, *mehr in umweltfreundliche*  
530 *Technologien zu investieren*. Dies wird uns dabei helfen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, die  
531 Beschäftigungschancen zu verbessern und Europa eine weltweite Führungsposition auf diesem  
532 Gebiet zu verschaffen.
- 533 8. Die *Kohäsionspolitik* und insbesondere der territoriale Zusammenhalt können dazu beitragen, die  
534 Wirtschaftsaktivitäten anzukurbeln und die Arbeitslosenquote zu senken. Die Kohäsionspolitik muss  
535 als zur Wettbewerbsfähigkeit ergänzendes Element und als wichtiges Instrument zur Umsetzung der  
536 Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung verstanden werden;
- 537 9. Die *Revision der EU-Haushaltsprognosen* für die Zeit nach 2013 sollte die oben aufgeführten EVP-  
538 Prioritäten genau widerspiegeln;
- 539 10. In die EU-Verkehrspolitik muss ein effizientes Transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN-T) integriert  
540 werden, um qualitativ hochwertige, moderne Transportdienste im Sinne der folgenden vier  
541 Prinzipien bereitstellen zu können: Sicherheit, schneller Service, niedrige Kosten und  
542 Umweltfreundlichkeit.
- 543

544 **2. Für ein sicheres Europa**

545

546 Die Bereiche Justiz, Freiheit und Sicherheit haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem  
547 bedeutenden und dynamischen Politikfeld der EU entwickelt. Das Thema Sicherheit in Europa stellt in  
548 verschiedenen Bereichen, die nicht unbedingt miteinander in Zusammenhang stehen, eine  
549 ernstzunehmende Herausforderung dar. Überdies kann das heutige Sicherheitsumfeld, insbesondere die  
550 innere Sicherheit, nicht ohne Berücksichtigung der aktuellen internationalen Sicherheit und Konflikte  
551 beurteilt werden. Die aktuellen komplexen Probleme können auf einzelstaatlicher Ebene allein nicht  
552 gelöst werden; gefordert sind Einsatz und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Es gibt keine  
553 einfachen und zuverlässigen Antworten auf die Fragen, wie wir unsere Grundwerte schützen, der  
554 Bedrohung durch den Terrorismus und die organisierte Kriminalität Herr werden, der illegalen  
555 Einwanderung begegnen und die Lebensmittelsicherheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger  
556 gewährleisten können. Die Europäische Volkspartei arbeitet deshalb an einer Politik, die die europäischen  
557 Bürgerinnen und Bürger schützen und Europa sicherer machen soll.

558

559 **Kampf gegen den Terrorismus**

560

561 Der Terrorismus stellt eine Bedrohung für die europäischen Werte Sicherheit, Demokratie und Freiheit  
562 dar. Die jüngste Terroriswellen erreicht internationale Dimensionen und steht häufig in Zusammenhang  
563 mit gewaltsamem religiösem Extremismus. Hier muss klar zwischen „religiösem Extremismus“ und dem  
564 „Islam“ oder anderen Religionen getrennt werden. Nicht der Islam, sondern der Terrorismus, der  
565 Ausdruck religiösen Extremismus ist oder im Zusammenhang mit diesem steht, steht unserer offenen  
566 Gesellschaft feindlich gegenüber. Der Terrorismus an sich ist für die muslimische Welt der Hauptfeind und  
567 das größte Hemmnis, persönliche Entwicklung sowie Freiheit, Wohlstand und Demokratie zu erreichen.  
568 Wir müssen gegen alle politischen Aktivitäten vorgehen, die, unter dem Vorwand, den muslimischen  
569 Glauben zu verteidigen, auf Drohungen und Gewalt beruhen. Die Europäische Union muss sich auch mit  
570 den Methoden der Infiltration durch terroristische Gruppen befassen, insbesondere in benachteiligten  
571 Bevölkerungsgruppen, aus denen diese Gruppen ihre Anhänger rekrutieren.

572

573 Die Europäische Union muss nachdrücklich darauf hinweisen, dass gegen Menschen gerichtete Attentate,  
574 auch wenn sie im Namen der Religion verübt werden, im Widerspruch zur Religion stehen und von Hass  
575 getriebene Handlungen darstellen, denen eine totalitäre politische Betrachtung unserer Gesellschaft  
576 zugrunde liegt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten dürfen bei Gewaltakten und der Androhung von Gewalt  
577 keinerlei Toleranz zeigen, auch wenn dafür religiöse Glaubensbekenntnisse oder Bewegungen als  
578 Deckmantel oder Vorwand herangezogen werden. Wir müssen uns stärker auf Initiativen wie den Dialog  
579 zwischen den Religionen und Kulturen konzentrieren.

580

581 Es gilt, die Lösung der Probleme, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der einzelstaatlichen  
582 Rechtsvorschriften zum Europäischen Haftbefehl und der Auslieferung von Verdächtigen bestehen, zu  
583 beschleunigen, und die Verfahren abzuschaffen, die sich als Hindernis für eine uneingeschränkte und  
584 kohärente Anwendung dieses Instruments erwiesen haben. Dies wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer  
585 vertieften justiziellen Zusammenarbeit und diene der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen  
586 den Mitgliedstaaten. Die EVP unterstützt die Annahme eines Rahmenbeschlusses zur Harmonisierung der  
587 Einreise- und Aufenthaltsbedingungen sowie der Bedingungen für die Ausweisung von Personen, die zu  
588 terroristischen Handlungen anstiften, aus dem Hoheitsgebiet der Europäischen Union.

589

590 Die Europäische Union sollte universelle Werte und Menschenrechte in der muslimischen Welt fördern. In  
591 diesem Zusammenhang kommt der Politik der EU gegenüber den muslimischen Ländern, die die  
592 demokratischen Normen schützen oder die für ihre Gesellschaften einen demokratischen Prozess in Gang  
593 setzen, große Bedeutung zu.

594

595 Die Bekämpfung des Terrorismus fällt in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die EVP ist jedoch  
596 überzeugt, dass der Kampf gegen den Terrorismus und ein wirkungsvoller Schutz unserer Bürgerinnen und  
597 Bürger nur erfolgreich sein kann, wenn wir unsere Politiken aufeinander abstimmen und gemeinsame  
598 Grundsätze finden. Zudem kommt der Europäischen Union eine wichtige politische Rolle im Kampf gegen  
599 den Terrorismus zu. Wir müssen ein europäisches Sicherheitssystem entwickeln, in dem die Kompetenzen  
600 der EU-Organe und der einzelstaatlichen Organe genau festgelegt und für die Bürgerinnen und Bürger  
601 Europas transparent sind.

602

### 603 **Bekämpfung und Prävention der organisierten Kriminalität**

604

605 Trotz erheblich gestiegener Ausgaben zur Kontrolle und Prävention der organisierten Kriminalität stellen  
606 die Aktivitäten dieser Form der Kriminalität seit einigen Jahrzehnten in Europa ein Problem dar. Zudem  
607 haben sich mit der Globalisierung und durch moderne Technologien neue Formen krimineller Handlungen  
608 herausgebildet. Die EVP ist deshalb überzeugt, dass für die Bewältigung dieser globalen Herausforderung  
609 die Umsetzung eines internationalen Ansatzes erforderlich ist.

610

611 Die EU muss ihre Zusammenarbeit mit Drittländern mithilfe von Europol intensivieren, insbesondere um  
612 der grenzüberschreitenden Kriminalität vorzubeugen und die Sicherheit in unserer Nachbarschaft zu  
613 gewährleisten. Überdies würde eine engere Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der  
614 Mitgliedstaaten unseren Raum des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit besser schützen.  
615 Außerdem sollte die Koordination verbessert werden, um in allen EU-Ländern auf allen Ebenen alle  
616 Formen der Korruption zu reduzieren. Die operativen Kompetenzen von Europol müssen gestärkt werden.

617

### 618 **Schutz der Bürgerrechte**

619

620 Unsere Arbeit konzentriert sich darauf, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Dennoch  
621 gibt es nach wie vor Defizite beim Gesetzesvollzug und beim Schutz der Grundfreiheiten, die in einigen  
622 Mitgliedstaaten verbessert werden müssen. Unsere Kinder stehen vor unerträglichen Herausforderungen  
623 und Gefahren in Form von Internetkriminalität und Gewalt in den Medien. Es bedarf entschlossener,  
624 koordinierter Maßnahmen durch einzelstaatliche, europäische und internationale Behörden, um  
625 hiergegen anzugehen.

626

627 Beim Kampf gegen den Terrorismus muss ein Gleichgewicht zwischen der Gewährleistung der Sicherheit  
628 unserer Bürgerinnen und Bürger und dem Schutz ihrer Menschenrechte gefunden werden. Um ihr Recht auf  
629 Privatsphäre zu bewahren, muss angesichts von Fällen wie dem „Verlegen“ sensibler Daten durch  
630 Behörden und Unternehmen oder deren unbefugten Nutzung dringend überprüft werden, wie die Daten  
631 der Bürgerinnen und Bürger aufbewahrt werden und wer zu welchem Zweck darauf zugreift.

632

633 Wir wollen das Gewaltmonopol des Staates stärken und unterstützen eine strenge Regulierung sowie  
634 scharfe Auflagen für die Aktivitäten privater Sicherheitsunternehmen.

635

### 636 **Langfristige Überlegungen – Vorbeugen ist besser als Heilen**

637

638 Wir müssen den Beitrag, den die große Mehrheit der muslimischen Gemeinschaften in Europa zu unserer  
639 Gesellschaft leistet, würdigen. Nur in enger Zusammenarbeit mit ihnen können wir den Dschihad-  
640 Terrorismus, dessen Wurzeln in Europa vermutlich genauso zu finden sind wie im Nahen Osten,  
641 bekämpfen. Wir sollten nicht die Augen vor der sozialen Ausgrenzung junger Menschen aus muslimischen  
642 Gemeinschaften in unseren Ländern verschließen, durch die sie besonders anfällig für die Parolen jener  
643 werden, die ihre Herzen und ihren Verstand gegen Europa aufbringen wollen.

644

645

646

647

## 648 **Stolz auf unsere Werte und Überzeugungen**

649

650 Während wir die Traditionen und religiösen Überzeugungen ethnischer Minderheiten respektieren,  
651 sollten wir dennoch keine Intoleranz gegenüber unseren eigenen Werten und Überzeugungen tolerieren.  
652 Wir haben das Recht, stolz auf sie zu sein, und das Recht darauf, dass sie von anderen respektiert werden.  
653 Wir müssen sowohl in als auch außerhalb der EU für Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit eintreten.  
654 Gemäß den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und der internationalen Gerechtigkeit muss in Drittländern  
655 die Religionsfreiheit, unter anderem von christlichen Minderheiten, verbessert werden.

656

657 Die Europäische Volkspartei empfiehlt die Aktualisierung, Wiederbelebung und Modernisierung tief  
658 verwurzelter Wertvorstellungen, einschließlich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten.  
659 Diese nationalen Minderheiten, ihre Sprachen und ihre Kulturen sind Bestandteil unseres europäischen  
660 Wertesystems. Diese Werte sind den Gesellschaften der Mitgliedstaaten gemein, in denen Pluralismus,  
661 Nicht-Diskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit von Frauen und Männern  
662 vorherrschen. Die EVP empfiehlt, Praktiken, die sich im Bereich der Rechte von Minderheiten bewährt  
663 haben, zu fördern.

664

665 Im Sinne der oben genannten Grundsätze muss die EU-Außenpolitik möglichst kohärent sein. Wir müssen  
666 unterscheiden können zwischen Regimen und Regierungen, die Gewalt implizit oder explizit unterstützen,  
667 und solchen, die dies nicht tun, und wir müssen entsprechend vorgehen.

668

669

670 **Die Europäische Volkspartei unterbreitet folgende Vorschläge:**

671

672 **1. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss mit der europäischen Innenpolitik im Einklang**  
673 **stehen. Ihr sollten Prinzipien, Überzeugungen und Werte zugrunde liegen, die es ermöglichen, sich**  
674 **einträchtig und geschlossen mit Problemen wie dem totalitären Dschihad-Terrorismus und der**  
675 **organisierten Kriminalität auseinanderzusetzen. Andere Phänomene in Verbindung mit Asyl und**  
676 **Zuwanderungen sollten ebenso umfassend angegangen werden.**

677 **2. Es ist dringend erforderlich, die aktuellen europäischen Sicherheitsstrukturen neu zu definieren und**  
678 **Mechanismen zu finden, die auf eine Verbesserung der Kommunikation und der Synergien zwischen**  
679 **dem für Justiz, Freiheit und Sicherheit zuständigen Kommissionsmitglied, dem Koordinator für**  
680 **Terrorismusbekämpfung und dem Direktor von Europol abzielen. Dies ist gerade im Hinblick auf die**  
681 **gemeinsame und organisierte Umsetzung der Antiterrorstrategie von Bedeutung.**

682 **3. Zwischen den nationalen Behörden sollte die Zusammenarbeit bei Angelegenheiten der inneren**  
683 **Sicherheit verbessert werden; hierzu zählen auch die Zusammenarbeit zwischen den**  
684 **Nachrichtendiensten und der Austausch von Dokumenten und Daten.**

685 **4. Ferner sollten regelmäßige Treffen, mindestens einmal jährlich, zwischen den Innenministern der**  
686 **Mitgliedstaaten, dem für Justiz, Freiheit und Sicherheit zuständigen Kommissionsmitglied sowie den**  
687 **Direktoren von Europol, Eurojust, SITCEN und FRONTEX stattfinden, um ausschließlich die Situation**  
688 **im Hinblick auf fundamentalistische Terrororganisationen wie die der Dschihadisten oder die ETA zu**  
689 **erörtern.**

690 **5. Zudem müssen die operativen Fähigkeiten von Europol und Eurojust dringend verbessert werden,**  
691 **damit diese effizient und maßgeblich bei dieser wichtigen Priorität der EU mitwirken können.**

692 **6. Um weitere Krisen in Zukunft zu vermeiden, muss die EU die Energieversorgung und die Sicherheit**  
693 **der europäischen Wirtschaft sichern, und zwar indem sie Investitionen in Projekte unterstützt, die**  
694 **darauf abzielen, unsere Energieabhängigkeit zu verringern und die Diversifizierung der**  
695 **Energiequellen zu fördern.**

696

## 697 **Entwicklung einer gemeinsamen Politik bezüglich der illegalen Einwanderung**

698 Das Thema Einwanderung entwickelt sich derzeit in ganz Europa zu einer der größten Herausforderungen.  
699 Früher verließen die Menschen Europa, heute aber ist es eines der Haupteinwanderungsziele. Die

700 Einwanderung wurde in den vergangenen Jahrzehnten durch etliche Faktoren beeinflusst:  
701 Bevölkerungswachstum, Globalisierung des Marktes, Umweltschädigungen, Fortschritte bei den  
702 Kommunikationstechnologien, bessere Transportmöglichkeiten, politische, wirtschaftliche und soziale  
703 Bedingungen, regionale Konflikte und Naturkatastrophen.

704 Die massive Einwanderung gilt weithin als Zeichen des Versagens der Herkunftsländer; gleichzeitig sollten  
705 wir aber nicht die Auswirkungen der globalen Erwärmung und die wachsende Zahl der „Klimaflüchtlingen“  
706 unterschätzen. Und doch gibt es viele Länder, deren Regierungen über hohe Auswanderungsraten nicht  
707 unglücklich sind, da junge, potenziell „unbequeme“ junge Menschen somit woanders Arbeit finden, was  
708 wiederum erhebliche Einnahmen in Form von Überweisungen in harter Währung mit sich bringt.

709  
710 Eine schlechte Einwanderungspolitik, insbesondere eine unkontrollierte illegale Einwanderung, führt indes  
711 zu Spannungen im Aufnahmeland und bedeutet für illegale Einwanderer zwangsläufig Schwierigkeiten. Sie  
712 können zum Ursprung für organisierte Kriminalität und Menschenhandel werden. Die Bekämpfung der  
713 illegalen Einwanderung und die Verhütung der damit einhergehenden menschlichen Dramen sollten als  
714 wichtiger Bestandteil einer europäischen Antwort verstanden werden.

715  
716 Die Errungenschaft des 1985 in Schengen vereinbarten freien Personenverkehrs innerhalb der  
717 Europäischen Union verdammt jede nationale Politik zur Ineffizienz, solange es keine gemeinsamen Ziele  
718 oder Koordinierung der Anstrengungen gibt. In einer Europäischen Union ohne Binnengrenzen müssen wir  
719 auf nationaler wie auf europäischer Ebene entschiedene Maßnahmen auf den Weg bringen, um unsere  
720 Außengrenzen besser zu schützen. Der Druck, unter dem die Mitgliedstaaten des Mittelmeer- und  
721 Atlantikraums angesichts der illegalen Einwanderung stehen, ist so hoch wie noch nie.

722  
723 Die EVP erkennt an, dass auf EU-Ebene ergriffene Maßnahmen wie die Einrichtung von FRONTEX das  
724 Fundament für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der illegalen  
725 Einwanderung legen. Eine erfolgreiche Politik zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung setzt voraus,  
726 dass sie als ein gemeinsames europäisches Problem anerkannt wird. Die illegale Einwanderung erfordert  
727 gemeinsame Anstrengungen und koordinierte Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten, Regionen und  
728 Städte.

729

730

731 **Die Europäische Volkspartei unterbreitet folgende Vorschläge:**

- 732 1. **Achtung und Schutz der Menschenwürde der Einwanderer. Nicht die Ablehnung illegaler**  
733 **Arbeitskräfte ist ein Skandal, sondern das Desinteresse angesichts der Tausenden von**  
734 **Bootsflüchtlingen, die vor unseren Küsten ertrinken, und angesichts der Hunderten von**  
735 **Prostituierten aus dem Osten oder Süden, die in unseren Großstädten arbeiten.**
- 736 2. **Auf dem Arbeitsmarkt sollte eine „europäische Präferenz“ eingeführt werden. Soweit möglich,**  
737 **sollte die innereuropäische Migration im Rahmen der Bestimmungen zum freien Personenverkehr**  
738 **gefördert werden, insbesondere um dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in den**  
739 **Mitgliedstaaten zu begegnen. Es gilt, die berufliche Mobilität durch den Abbau bürokratischer**  
740 **Hürden zu verbessern; hierzu zählen auch die Anerkennung von Qualifikationen und eine**  
741 **vereinfachte Übertragbarkeit verschiedener erworbener Rechte wie Rentenansprüche.**
- 742 3. **Bekämpfung der illegalen Einwanderung auf EU-Ebene, ausgehend von den Anforderungen,**  
743 **Kapazitäten und Prioritäten, die von den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt werden. Wenn**  
744 **möglich, sollten die Mitgliedstaaten mit den Herkunftsländern verhandeln. Darüber hinaus müssen**  
745 **wir, neben dem Eingehen von Partnerschaften mit Auswanderungsländern, eine engere und bessere**  
746 **Zusammenarbeit in der Politik und der Judikative auf europäischer Ebene fördern. Gleichzeitig gilt**  
747 **es, die Koordinierung und die Kontrollen der gemeinsamen EU-Grenzen zu intensivieren; zudem**  
748 **müssen die für innere Angelegenheiten und Sicherheit zuständigen nationalen Behörden mehr**  
749 **finanzielle Mittel erhalten und auf EU-Ebene aufeinander abgestimmt werden. Das Mandat von**  
750 **FRONTEX sollte überprüft werden, um auf den wachsenden Druck durch illegale Einwanderung zu**  
751 **reagieren; des Weiteren sollte die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von kriminellen**



- 752 Machenschaften und kriminellen Organisation, die oft Drahtzieher von Masseneinwanderung und  
753 Menschenhandel sind, verstärkt werden. Ebenso unterstützen wir uneingeschränkt die Ziele der  
754 europäischen Nachbarschaftspolitik und ihre Aktionspläne, die darauf abzielen, eine stärkere  
755 wirtschaftliche Entwicklung, Stabilität und bessere Regierungsführung in vielen der EU-  
756 Nachbarschaftsstaaten zu fördern.
- 757 4. Anwendung einer gemeinsamen Asylpolitik. Unsere Priorität sollte es sein, Verfahrensgarantien und  
758 gemeinsame Standards für die Bearbeitung von Asylanträgen einzuführen, schutzbedürftige  
759 Personen besser zu schützen und die Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten, die einem extrem hohen  
760 Druck durch Asylbewerber ausgesetzt sind, zu intensivieren. Die EVP lehnt unilaterale  
761 Massenlegalisierungen durch einzelne Mitgliedstaaten ab.
- 762 5. Abstimmung unserer Legalisierungssysteme für Einwanderer sowie Bewilligung der  
763 Staatsangehörigkeit für Ausländer, die gleichzeitig die Unionsbürgerschaft erwerben. Eine mögliche  
764 Lösung für die Umsetzung dieser Ziele könnte die Einführung und Umsetzung des Blue-Card-Systems  
765 für hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Europa sein.
- 766 6. Herkunftsländern sollte eine internationale Partnerschaft angeboten werden: Wir müssen eine  
767 gerechte, aber entschlossene Rückführungspolitik mit Botschaft an die Herkunftsländer illegaler  
768 Einwanderer einführen. In diesem Sinne unterstützen wir uneingeschränkt die  
769 Rückführungsrichtlinie der Europäischen Kommission, die ein gutes Gleichgewicht zwischen der  
770 Rückführung illegaler Einwanderer und dem Schutz der Menschenrechte vorgibt. Als ebenso  
771 wichtige Punkte erachtet die EVP die Rückkehr von Arbeitskräften, die ausreichend Zeit hatten,  
772 solide Berufserfahrungen zu sammeln, die Rückübernahme von Personen, die sich in illegalen  
773 Situationen befinden, die Zusammenarbeit der Polizei und Justiz zum Abbau von  
774 Schlepperorganisationen sowie ein Abschnitt zur partnerschaftlichen Entwicklung, wo sie relevant  
775 scheint.
- 776 7. Der Schutz der Küsten der Europäischen Union ist zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung  
777 unerlässlich. Die Europäische Union ist von Meeren umgeben, und der Großteil der illegalen  
778 Einwanderer erreicht die EU über den Seeweg. Eine europäische Küstenwache ist deshalb zur  
779 Bekämpfung dieses Phänomens unbedingt erforderlich. Innerhalb der nächsten Mandatsdauer des  
780 Europäischen Parlaments müssen wir zu diesem Zweck eine spezielle Roadmap einschließlich einer  
781 Vereinbarung über ihre Finanzierung aufstellen.

782

## 783 **Sichere und gesunde Nahrungsmittelversorgung**

784

785 Lebensmittel sind ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Kultur und Zivilisation und von großer  
786 Bedeutung für die Gesellschaft, Wirtschaft wie auch für die Volksgesundheit. Sie beeinflussen uns alle, ein  
787 Leben lang. Angesichts der steigenden Lebensmittelpreise stellt sich immer mehr die Frage, wie die EU die  
788 Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger mit qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Lebensmitteln  
789 gewährleisten kann. Eine noch größere Herausforderung ist die Befriedigung der weltweit gestiegenen  
790 Lebensmittelnachfrage. Die Entwicklungsländer sehen sich mit enormen Problemen konfrontiert, da die  
791 anziehenden Rohstoffpreise immer mehr Menschen in Hunger und Armut treiben. Zu den tragischen  
792 Folgen zählen Hungersnöte, Unruhen und Ausschreitungen. Die Landwirte befinden sich überall in der  
793 Welt in einer prekären Lage. In der EU wird von ihnen verlangt, die Lebensmittelproduktion zu erhöhen;  
794 gleichzeitig steigen ihre Kosten infolge von Kontingentierungen und Umweltauflagen. Der  
795 multifunktionale Charakter der EU-Landwirtschaft erfordert eine strikte Einhaltung von Umwelt-,  
796 Tierschutz- und Lebensmittelnormen.

797

## 798 **Sichere Nahrungsmittelversorgung**

799 Die Zunahme der Weltbevölkerung, die jedes Jahr um 80 Millionen Menschen anwächst und 2025  
800 voraussichtlich die 8-Milliarden-Grenze erreicht, geht auch mit größeren Herausforderungen bei der  
801 Lebensmittelsicherheit einher; dies gilt vor allem, aber nicht nur, für die Entwicklungsländer.

802 Nach einer langen Reformphase brauchen Landwirte eine stabile und voraussehbare Gemeinsame  
803 Agrarpolitik (GAP). Die Landwirtschaft wird in Zukunft eine zentrale wirtschaftliche, ökologische und  
804 soziale Herausforderung darstellen. Sie ist einer der Schlüsselbereiche der europäischen Strategie:  
805 aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, ihrer Rolle für die lokale  
806 Identität, ihrer engen Verknüpfung zu einer dynamischen Agrar-Lebensmittelindustrie und aufgrund ihrer  
807 Auswirkungen auf die Umwelt. Unsere Konzepte müssen zudem in einen globaleren Ansatz eingebunden  
808 werden und die Regierungsführungen (Governance) weltweit berücksichtigen, da die GAP allein keine  
809 Antwort auf Probleme wie den weltweiten Hunger oder den Klimawandel bietet. Die EU sollte weiterhin  
810 die Entwicklung ländlicher Gebiete und landwirtschaftliche Familienbetriebe unterstützen.

811

812 **Die Europäische Volkspartei unterbreitet folgende Vorschläge:**

813 **1. Mit einer erneuerten Agrarpolitik sollten vier Ziele erreicht werden:**

- 814 • **Sicherung der Versorgung mit qualitativ hochwertigen Produkten in der EU unter Berücksichtigung**  
815 **der Anforderungen von Landwirten und Verbrauchern;**
- 816 • **Beitrag zum internationalen Nahrungsmittelgleichgewicht, um zur weltweiten Lebensmittel- und**  
817 **Energieversorgungssicherheit beizutragen und auf den zukünftigen Märkten präsent zu sein;**
- 818 • **Aufrechterhaltung und Förderung des Gleichgewichts zwischen ländlichen Gebieten und**  
819 **Kulturlandschaften durch die Gewährleistung von Arbeit und Beschäftigung sowie Gewährleistung**  
820 **des Lebensstandards von Landwirten und**
- 821 • **Beteiligung am Kampf gegen den Klimawandel sowie Verbesserung der Umwelt durch Schaffung**  
822 **einer Landwirtschaft, die Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung und ökologische Effizienz**  
823 **miteinander vereint.**

824

825

826

827

828 **2. Mit einer erneuerten Fischereipolitik sollten die folgenden Ziele erreicht werden:**

829 **Fischerei und Aquakultur spielen bei der Bereitstellung qualitativ hochwertiger Lebensmittel eine**  
830 **wichtige Rolle und tragen gleichzeitig zum sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt aller von der**  
831 **Fischerei abhängigen Gebiete bei.**

832 **Fischerei:**

- 833 • **Gemeinsame Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Fischbeständen durch**  
834 **die Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei;**
- 835 • **Begrenzung der Umweltauswirkungen der Fischerei durch die Reduzierung von Beifängen und**  
836 **Eliminierung von Rückwürfen und**
- 837 • **Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den in den regionalen Meeren operierenden**  
838 **Fischereifloten.**

839 **Aquakultur:**

- 840 • **Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere in den von der Fischerei abhängigen Gebieten durch**  
841 **Erhöhung der Produktion und Anwendung eines integrierten Küstenzonenmanagements;**
- 842 • **Bereitstellung sicherer und qualitativ hochwertiger Fischereiprodukte durch Gewährleistung**  
843 **eines hohen Maßes an Volks- und Tiergesundheit sowie eines umfangreichen Tierschutzes und**
- 844 • **Gewährleistung einer umweltfreundlichen Industrie durch Reduzierung der Auswirkungen durch**  
845 **Abfälle, Bewältigung der durch Fremdarten und genetisch veränderte Organismen**  
846 **entstehenden Probleme, Förderung der biologischen Produktion sowie Durchführung von**  
847 **Umweltverträglichkeitsprüfungen.**

848 **3. Ein entscheidender Faktor für die Gewährleistung einer nachhaltigen Produktion ist die Fähigkeit, der**  
849 **Volatilität der Märkte standzuhalten. Die derzeitigen Unterstützungsformen, die im Wesentlichen zeitlich**  
850 **begrenzt sind und keinen Bezug zur tatsächlichen Marktlage haben, sollten durch weniger statische**  
851 **Instrumente und unter angemessener Berücksichtigung der internationalen Regeln ergänzt werden.**

852 **4. Um eine effiziente GAP innerhalb der EU zu erreichen, sollte die Vielfalt der Produktionssysteme und**  
853 **ihrer Anforderungen stärker berücksichtigt werden. Wir müssen die richtige Balance zwischen**  
854 **nachhaltiger Agrarproduktion und Umweltschutz finden. Um die bevorstehenden Herausforderungen zu**  
855 **bewältigen, sollten für die Unterstützung der Landwirtschaft und der Agroindustrie innerhalb der GAP**  
856 **Konzepte entwickelt werden, die Innovation fördern und von einer großen Achtung vor der Umwelt**  
857 **zeugen.**

858 **5. Die hohen Ansprüche der europäischen Hersteller hinsichtlich der Gesundheits- und**  
859 **Umweltstandards und sogar kollektive Präferenzen wie Tierschutz sind legitim, da sie eine Reaktion auf**  
860 **die Erwartungen der Gesellschaft sind. Für die Hersteller aber gehen sie mit hohen Kosten einher. Die**  
861 **europäische Produktion sollte deshalb durch einen fairen Wettbewerb gesteuert und vor Verzerrung**  
862 **geschützt werden; zudem gilt es, ein Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit und**  
863 **gesellschaftlichen Erwartungen anzustreben. Auch wenn die EVP am Grundsatz des freien**  
864 **Warenverkehrs festhält, unterstützt sie gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Entscheidungen auf nationaler**  
865 **und regionaler Ebene, bei denen vom Recht auf eine Landwirtschaft ohne gentechnisch veränderte**  
866 **Organismen Gebrauch gemacht wird.**

867 **Die pflanzliche und tierische Produktion für Grundnahrungsmittel und Bioenergie muss durch folgende**  
868 **Maßnahmen gesteigert werden:**

- 869 • **Abschaffung der Flächenstilllegung in der EU und bessere Analyse der Auswirkungen der heutigen**  
870 **Umwelt-/Raumpolitik;**

- 871 • **Rascherer Übergang zur Produktion und Nutzung von Bioenergie der zweiten Generation**  
872 **(Verarbeitung von tierischem Dünger und landwirtschaftlichen Abfallstoffen);**
- 873 • **Forschung und Entwicklung im Bereich neuer Technologien für die Lebensmittel-, Futtermittel- und**  
874 **Energieerzeugung sowie den Tierschutz.**

875

## 876 **Lebensmittelsicherheit**

877 Die EU-Bürgerinnen und -Bürger stellen immer höhere Anforderungen an den Nährwert und die  
878 gesundheitliche Unbedenklichkeit von Lebensmitteln. Die EVP legt bei den Vorschriften für die  
879 Lebensmittelkennzeichnung und die nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben besonderen Wert auf  
880 das Recht der Verbraucher, eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Informationen und Aufklärung  
881 sind unerlässlich für ein eigenverantwortliches Handeln der Verbraucher. Wir betonen das Recht der EU-  
882 Bürgerinnen und -Bürger auf

883

- 884 • eine gute Lebensmittelqualität insbesondere in puncto Hygiene und Sicherheit;
- 885 • Transparenz und Rückverfolgbarkeit (mit Angabe der Herkunft bei Lebensmittelprodukten und den  
886 wichtigsten Rohmaterialien);
- 887 • eine klare, präzise und aussagekräftige Lebensmittelkennzeichnung;
- 888 • traditionelle und regionale Spezialitäten, Küchen und Lebensmittelproduktion und
- 889 • Informationen und Aufklärung im Hinblick auf eine gesunde Lebensweise.

890

891

### 892 **Die Europäische Volkspartei unterbreitet folgende Vorschläge:**

- 893 • **Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) spielt eine wichtige Rolle bei der**  
894 **unabhängigen und wissenschaftlichen Beratung und Aufklärung der Mitgliedstaaten und der**  
895 **Verbraucher in Fragen der Lebensmittelsicherheit, einschließlich genetisch veränderter**  
896 **Lebensmittel. Sie sollte keine Aufgaben übernehmen, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.**
- 897 • **Starke Unterstützung des Lebensmittelsicherheits-Konzepts „vom Erzeuger bis zum Verbraucher“ ;**
- 898 • **Unterstützung des Verursacherprinzips, was die Hygiene, Handhabung und Produktion von**  
899 **Lebensmitteln angeht;**
- 900 • **Anwendung der EU-Normen, sowie gegebenenfalls von Sanktionen, auf importierte Futter- und**  
901 **Lebensmittel;**
- 902 • **Maßvoller Einsatz von zugelassenen Pestiziden, Düngemitteln und Tiergesundheitsprodukten;**
- 903 • **Eine korrekte, präzise und wissenschaftlich basierte Lebensmittelkennzeichnung; von der EU**  
904 **unterstützte Informationskampagnen in den Mitgliedstaaten zur Förderung einer gesunden**  
905 **Lebensweise. Die Verbraucher sollten die Möglichkeit haben, für sich selbst und ihre Familien eine**  
906 **verantwortliche Wahl zu treffen. Traditionelle und regionale Spezialitäten, Küchen und**  
907 **Lebensmittelerzeugungen sollten als Teil unserer Kultur bewahrt und gefördert werden.**

908

### 909 3. Bekämpfung des Klimawandels – Unsere Verantwortungen gegenüber künftigen Generation

910  
911 „Die einzige verlorene Schlacht ist die, die man nicht gekämpft hat.“ – Loyola de Palacio

#### 912 913 **Einleitung**

914  
915 Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) hat festgestellt, dass menschliche  
916 Aktivitäten das Klimasystem verändern und dies auch weiterhin tun werden. Wissenschaftliche  
917 Erkenntnisse zeigen, dass ein beträchtlicher Teil der derzeitigen Erwärmung auf durch menschliche  
918 Aktivitäten verursachte Treibhausgasemissionen zurückzuführen ist, insbesondere durch das Verbrennen  
919 fossiler Brennstoffe, die über Millionen von Jahren in der Erde gelagert waren. Die Menge der von uns  
920 emittierten Treibhausgase ist gewaltig: Allein an Kohlendioxid sind es ca. 26 Milliarden Tonnen pro Jahr.

921  
922 Die Erwärmung Europas seit 1900 liegt mit einem Anstieg von 0,95 °C über der durchschnittlichen  
923 globalen Erwärmung von 0,74 °C. Prognosen zufolge steigt die globale Durchschnittstemperatur bis Ende  
924 dieses Jahrhunderts um 1,8–4,2 °C und in Europa um 2,0–6,3 °C (ohne politische Maßnahmen).

925  
926 Nahezu alle Regionen in Europa werden die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels, die viele  
927 Wirtschaftsbereiche vor schwierige Herausforderungen stellen werden, zu spüren bekommen. Zu den  
928 negativen Auswirkungen zählen unter anderem:

- 929
- 930 • erhöhtes Risiko von Sturzfluten im Inland
- 931 • häufigere Überschwemmungen in Küstengebieten
- 932 • stärkere Erosion (aufgrund von Stürmen und Meeresspiegelanstieg)
- 933 • erhöhte Waldbrandgefahr (aufgrund von Hitzewellen)
- 934 • Wasserknappheit und Dürre.

935 Der Klimawandel hat zusätzliche Auswirkungen auf die Natur und sozio-ökonomische Systeme, die bereits  
936 heute natürlichen Klimaschwankungen (wie Wasserknappheit, Dürren, Waldbrände und  
937 Überschwemmungen) ausgesetzt sind und deshalb die Fähigkeit der Gesellschaft, natürliche Ressourcen  
938 zu nutzen, stark beeinträchtigen werden. Überdies wird sich Europa mit den Konsequenzen des  
939 Klimawandels außerhalb der EU befassen müssen. Um dem Klimawandel effizienter zu begegnen, bedarf  
940 es einer großen Allianz, an der unter anderem nationale und lokale Regierungen, die internationale  
941 Gemeinschaft, der Privatsektor, Kommunen und Einzelpersonen mitwirken. Eine globale Herausforderung  
942 erfordert eine globale Antwort. Deshalb sind bei jeder politischen Entscheidung zur Reduzierung von  
943 Treibhausgasemissionen die „Tipping Points“ (Umkipp-Punkte) zu berücksichtigen.

944 Durch die Vorgabe klarer Ziele im März 2007 hat die Europäische Union ihren Willen zur Bekämpfung des  
945 Klimawandels demonstriert; doch die Europäische Union kann den Klimawandel nicht allein bewältigen.  
946 Sie kann lediglich ihren Teil zur Lösung des Problems beitragen und ihre Bereitschaft und ihren politischen  
947 Willen zeigen, zu einer globalen Lösung beizutragen. Keine andere Region der Welt bringt bessere  
948 Voraussetzungen mit, eine internationale Führungsrolle in diesem Bereich zu übernehmen und andere  
949 durch ihr eigenes Handeln anzuspornen, als die Europäische Union. Diese Führungsrolle der EU bei der  
950 Bekämpfung des Klimawandels bestätigte sich auch durch die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs  
951 beim Gipfeltreffen im Dezember 2008. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sollte keine Entschuldigung für  
952 Untätigkeit sein – im Gegenteil: Sie sollte als Weckruf zur Modernisierung unserer Wirtschaftssysteme und  
953 Schaffung neuer, nachhaltiger Arbeitsplätze verstanden werden.

954 Deshalb müssen wir weiterhin die politischen Maßnahmen und Technologien auf den Weg bringen und  
955 den Sinneswandel herbeiführen, die erforderlich sind, um den durch den Klimawandel bedingten Schaden  
956 zu begrenzen, und eine nachhaltigere Lebensweise fördern. Dieses Ziel gilt es auch, bei der  
957 Umstrukturierung des Energiemarktes zu berücksichtigen. Die Reduktion der Treibhausgasemissionen  
958 bietet uns auch die Möglichkeit, uns unabhängiger von Gas- und Öl-Importen zu machen. Dabei ist jedoch

959 auf die richtige Balance zwischen der erforderliche Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit und  
960 Investitionen in alternative Energielösungen für unsere Wirtschaft zu achten.

961 Als größte europäische Partei hat die EVP bereits entscheidende Schritte hin zu wirkungsvollen  
962 Maßnahmen in puncto Energieeffizienz, FuE und Versorgungssicherheit unternommen. In unserem  
963 Positionspapier „Europas Energieherausforderungen“ haben wir im März 2007 weitreichende Vorschläge  
964 für eine nachhaltigere, effizientere und sicherere Energieversorgung gemacht. Doch die Herausforderung  
965 ist enorm, und wir haben gemeinsam die Verantwortung, nach Lösungen zu suchen, damit die Erde für  
966 zukünftige Generationen lebensfähig bleibt. Die Rettung der Erde liegt in unseren Händen. Wir betrachten  
967 dies als eine politische, aber auch als eine moralische Verantwortung.

968

### 969 **Bekämpfung des Klimawandels in Europa**

970

971 Den 2006 veröffentlichten Ergebnissen des Stern-Komitees zufolge wird der Klimawandel ohne  
972 Klimaschutzmaßnahmen voraussichtlich ernsthafte Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben.  
973 Danach ist eine Investition von 1 % des weltweiten BIP notwendig, um die Auswirkungen des  
974 Klimawandels abzuschwächen. Ohne diese Investitionen bestehe die Gefahr einer Rezession von bis zu  
975 20 % des globalen BIP.

976

977 Folglich überwögen die Vorteile eines entschlossenen und frühzeitigen Handels bei Weitem die  
978 ökonomischen Kosten im Falle der Untätigkeit. „Die Kosten für die Stabilisierung“, so der *Stern-Bericht*,  
979 seien „erheblich, aber tragbar; eine Verzögerung wäre gefährlicher und bei weitem kostspieliger“.

980

981 Wichtig ist: Die Bekämpfung des Klimawandels birgt auch ein erhebliches Potenzial für die Wirtschaft, da  
982 neue Märkte für kohlenstoffarme und kohlenstofffreie Energietechnologien und andere kohlenstoffarme  
983 und kohlenstofffreie Waren entstehen werden. Das Wachstum dieser Märkt könnte sich jedes Jahr auf  
984 Hunderte von Milliarden Euro belaufen; dementsprechend wüchse auch die Zahl der Arbeitsplätze in  
985 diesem Bereich.

986

987 Die Welt muss sich nicht zwischen der Abwendung des Klimawandels und der Förderung von Wachstum  
988 und Entwicklung entscheiden. Die Veränderungen der Energietechnologien und der Wirtschaftsstrukturen  
989 haben Möglichkeiten geschaffen, Wachstum und Emissionen von Treibhausgasen voneinander zu  
990 entkoppeln. Die Bekämpfung des Klimawandels ist langfristig eine Pro-Wachstumsstrategie, die die  
991 Wachstumsbestrebungen von Entwicklungs- und Industrieländern nicht einschränkt.

992

993 Die Europäische Union hängt zu stark von fossilen Brennstoffen ab und muss ihre eigenen  
994 Treibhausgasemissionen reduzieren. Daher will die EVP, dass die Europäische Union eine Vorreiterrolle im  
995 Gebiet der kohlenstoffarmen und kohlenstofffreien Technologien einnimmt. Wir sind überzeugt, dass eine  
996 beherzte und schnelle Umstellung auf modernste und effizienteste Technologien nicht nur gut für das  
997 Klima sein und den Weg für eine internationale Lösung ebnen wird, sondern dass sie auch gut für unsere  
998 Wirtschaft ist, da sie uns sehr viel unabhängiger von den Importen fossiler Energieträger macht. Wir  
999 betrachten die Dekarbonisierung unserer Wirtschaftssysteme deshalb als eine Win-Win-Situation, die  
1000 unsere Volkswirtschaften modernisiert und sie weniger abhängig von ausländischen fossilen Brennstoffen  
1001 macht.

1002

1003 Das Hauptziel der EVP ist eine Begrenzung des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf 2 ° C  
1004 über dem vorindustriellen Niveau, um die gefährliche globale Erwärmung zu verhindern. Untersuchungen  
1005 zeigen, dass bei einer Stabilisierung des Treibhausgasniveaus bei 450 ppme (Teile pro Million CO<sub>2</sub>-  
1006 Äquivalent) die Chancen 1 zu 2 stehen, einen Anstieg auf 2 ° C zu begrenzen. Dieses Ziel von 2 ° C ist  
1007 entscheidend und wird die maßgebliche Größe zur Bestimmung der zukünftig zugelassenen  
1008 Emissionsraten sein. Gemäß den Entscheidungen des Europäischen Rates vom März 2007 fordert die EVP  
1009 als Ziel eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 30 % bis 2020 (im Vergleich zum Niveau von

1010 1990). Des Weiteren befürworten wir die im Dezember 2008 durch den Europäischen Rat verabschiedeten  
1011 konkreten Maßnahmen zur Umsetzung von Reduzierungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Sicherung der  
1012 Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Uns ist bewusst, dass dies ehrgeizige Ziele sind, die  
1013 eine bessere Integration der Klimaziele in die entsprechenden politischen Bereiche, starke Anstrengungen  
1014 in den Bereichen Energieeffizienz und Förderung kohlenstofffreier Energie sowie die Umsetzung und  
1015 Verbesserung des Emissionshandelssystem (ETS) in allen betroffenen Bereichen erfordern. Aber wir sind  
1016 gewillt, die Herausforderung anzunehmen, und betrachten es als unsere Pflicht, die Erde als einen  
1017 bewohnbaren Ort für zukünftige Generationen zu bewahren.

1018

### 1019 **Förderung von Energieeffizienz und Energieeinsparungen**

1020

1021 Das Thema Energieeffizienz in der Stromerzeugung, im Bausektor, beim Heizen, im Verkehr und bei der  
1022 Produktion wird eine zentrale Rolle bei der Reduzierung unseres Energieverbrauchs spielen. Erhöhen lässt  
1023 sich die Effizienz durch verbesserte Standards, ausgewogene Steuer- und Abgaben-Systeme sowie die  
1024 Anwendung des Kosteneffizienzprinzips auf den gesamten Lebenszyklus bei der Kaufentscheidung/Wahl  
1025 der Verbraucher. Bei der Stromerzeugung ist der Einsatz modernster Technologien (z. B. Kraft-Wärme-  
1026 Kopplung) gefordert.

1027

1028 Die EVP begrüßt den Vorschlag der Kommission, den Gesamtprimärenergieverbrauch in der EU bis 2020  
1029 um mindestens 20 % zu reduzieren und unterstützt die Einführung einer internationalen  
1030 Rahmenvereinbarung zur Energieeffizienz, die Energieeinsparungsmaßnahmen wie eine effiziente  
1031 Straßenbeleuchtung oder passive Heiz- und Kühlsysteme für Gebäude fördert. Wenn Europa dies gelingt,  
1032 könnte es jedes Jahr schätzungsweise 60–100 Milliarden Euro einsparen. Dies käme zudem einer  
1033 Emissionsreduzierung von 780 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> gleich und entspräche dem Doppelten der im  
1034 Rahmen des Kyoto-Protokolls von der EU zugesagten Menge. In puncto Heizen und Gebäudeisolierung  
1035 sollten die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Behörden Eigentümern, die die Energieeffizienz  
1036 ihrer Gebäude verbessern, Vergünstigungen gewähren.

1037

1038 Die EVP befürwortet die sofortige Einführung von Energieeinsparungsmaßnahmen wie z. B. Programme  
1039 für die Renovierung von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden. Hauptziel ist dabei die Verbesserung  
1040 der Energieeffizienz (Fassaden, Fenster, Dächer, Heizsysteme, Lüftungssysteme). In diesem Bereich stehen  
1041 bereits hoch entwickelte, moderne umweltfreundliche Technologien zur Verfügung, die auf dem Markt  
1042 erhältlich sind und häufig eingesetzt werden.

1043

1044 Programme dieser Art haben viele langfristige Wirkungen und können gleichzeitig sofort umgesetzt  
1045 werden. Wir sollten unter anderem den Bausektor unterstützen und wiederbeleben, der, zusammen mit  
1046 allen anderen mit ihm verbundenen Wirtschaftszweigen, in einigen Fällen bis zu 50 % der gesamten  
1047 Volkswirtschaft ausmacht (dies beinhaltet auch die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie den Einsatz  
1048 nationalstaatlicher Ressourcen, Technologien und Kenntnisse).

1049

1050 Im Transportsektor ist eine signifikante Erhöhung der Effizienz von Fahrzeugen erforderlich. Daher fordern  
1051 wir die europäische Autoindustrie auf, bei der Entwicklung neuer Modelle als wichtiges Ziel einen  
1052 niedrigen Kraftstoffverbrauch anzustreben. Auch der Luftverkehr muss beträchtliche Reduzierungen  
1053 erreichen – in erster Linie durch die rasche Umsetzung des „Single European Sky“ und die Integration des  
1054 Luftverkehrs (ebenso wie des Seeverkehrs) in das Emissionshandelssystem. Ebenso sollte die EU den  
1055 Ausbau transeuropäischer Eisenbahnnetze fördern, um für Waren und Personen schnelle Alternativen  
1056 zum Straßenverkehr und, über bestimmte Strecken, auch zum Luftverkehr zu schaffen. Auch  
1057 Intermodalität wäre ein Anreiz zur Nutzung von Alternativen zum Straßenverkehr. Ein wichtiges Ziel der  
1058 europäischen Politik bei der Bekämpfung des Klimawandels sollte der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel  
1059 in der Europäischen Union sein.

1060

1061 Der Energieverbrauch von in der EU verkauften Produkten sollte erkennbar auf Energie-Labels  
1062 ausgewiesen werden. Geräte, die auch im abgeschalteten Modus Strom verbrauchen, sollten auf dem

1063 Markt verboten werden. Die EVP fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, ein  
1064 umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen als Instrument zur Förderung energieeffizienter  
1065 Produkte und Dienstleistungen einzuführen und die Nachfrage nach Öko-Innovationen im Allgemeinen  
1066 anzukurbeln. Des Weiteren fordert die EVP die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf,  
1067 Aufklärungskampagnen zum Klimawandel zu fördern. Auch die Medien spielen eine wichtige Rolle und  
1068 sollten die Öffentlichkeit nicht mit falschen Informationen und manipulierten Daten täuschen, nur um  
1069 kontroversere Diskussionen über dieses Thema bieten zu können.

## 1070 1071 **Emissionshandel**

1072 Die EVP ist überzeugt, dass dort, wo es möglich ist, ein wirklich marktbasierendes  
1073 Emissionsreduzierungssystem eingesetzt werden sollte. Das EU-Emissionshandelssystem ist ein äußerst  
1074 wichtiger Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen, da es externe Kosten internalisiert, sodass ein  
1075 marktbasierter Mechanismus den Ausstoß dort verringern kann, wo die volkswirtschaftlichen Kosten am  
1076 niedrigsten sind. Die kostenfreie Zuweisung von Treibhausgasemissionszertifikaten sollte stufenweise  
1077 verringert werden, um die Effizienz und Transparenz des Marktes zu verbessern. So viele Branchen wie  
1078 möglich, z. B. Chemie, Aluminium, Kohlebergbau und Luft- und Seeverkehr, müssen weltweit in dieses  
1079 System integriert werden, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Wir begrüßen die  
1080 Entscheidungen, realisierbare Grenzwerte einzuführen – die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen  
1081 („Carbon Leakage“) ist dem Klima nicht zuträglich, sondern bedroht Arbeitsplätze in Europa.

## 1082 1083 **Erneuerbare Energien**

1084 Die Umstellung auf kohlenstofffreie Energieträger ist gut für das Klima und macht uns unabhängiger vom  
1085 Import fossiler Brennstoffe aus politisch instabilen Regionen. Investitionen zahlen sich in zweifacher  
1086 Hinsicht aus. Die EVP unterstreicht die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements in der Forschung und  
1087 Entwicklung (FuE) und bei der Markteinführung neu entwickelter Technologien, um den Einsatz  
1088 innovativer, transformativer Technologien in allen Produktionsbereichen und für die Energienutzung zu  
1089 ermöglichen. Die Europäische Union sollte Marktführer für die modernsten, energieeffizientesten  
1090 Technologien sein.

1091 Erneuerbare Energien stellen ein riesiges Potenzial dar, das in den meisten EU-Mitgliedstaaten bisher  
1092 noch nicht voll ausgeschöpft ist. Energie aus erneuerbaren Energien wie Wasserkraft-, Wellen-, Sonnen-,  
1093 Wind-, geothermischer und Biomasseenergie muss in Zukunft in weitaus größerem Umfang genutzt  
1094 werden, wenn wir die CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziele wirklich erreichen wollen. Der Anteil erneuerbarer Energien  
1095 am Energiemix sollte bis 2020 in der EU mindestens 20 % betragen; Ziel sollte es jedoch sein, diesen Anteil  
1096 noch weiter zu erhöhen. Die Kommission sollte die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, branchenspezifische  
1097 Ziele festzulegen, insbesondere für Stromerzeugung, Heizen, Kühlen und Verkehr, so wie es der Fahrplan  
1098 für erneuerbare Energien vorschlägt.

1099 Auch künftig wird jeder Mitgliedstaat je nach geografischen, ökonomischen, klimatischen und  
1100 strukturellen Bedingungen weiterhin seinen eigenen Energiemix wählen. Doch ebenso wird jeder  
1101 Mitgliedstaat seine Verpflichtungen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung und zur Erhöhung seiner Anteile an Energie aus  
1102 kohlenstoffarmen oder kohlenstofffreien Energiequellen entsprechend den vom System zur  
1103 Lastenverteilung vorzugebenden Zielgrößen erfüllen müssen. Die Anreize zur Erfüllung der Ziele sollten  
1104 kostengünstig sein. Jeder Mitgliedstaat sollte die jeweils am besten geeigneten Maßnahmen zur  
1105 Förderung erneuerbarer Energie festlegen können. Ziel ist es, zu gewährleisten, dass die einzelstaatlichen  
1106 Politiken auf die gemeinsamen EU-Ziele abgestimmt sind, und gleichzeitig lokale Gegebenheiten  
1107 berücksichtigen. Ein funktionierender gemeinsamer Energiemarkt und eine funktionierende gemeinsame  
1108 Infrastruktur sind wichtige Faktoren bei der Umsetzung der EU-Ziele. Bevor noch mehr fossile Quellen  
1109 erschlossen werden, sollte der Import erneuerbarer Energien und kohlenstofffreier Energiequellen  
1110 gefördert werden.



1114

1115 Die Mitgliedstaaten sollten prüfen, ob es administrative Hürden wie restriktive  
1116 Raumplanungsvorschriften, übertrieben bürokratische Genehmigungsverfahren oder unklare  
1117 Zuständigkeiten bei den Behörden gibt, die einer erfolgreichen Nutzung erneuerbarer Energien  
1118 entgegenstehen. Die Beseitigung dieser Hürden sollte als Priorität behandelt werden.

1119

1120 Die EVP unterstützt das Mindestziel für Biokraftstoffe, betont aber, dass eindeutige Normen und ein  
1121 Zertifizierungssystem eingeführt werden müssen, um Nachhaltigkeit, insbesondere bei importierten  
1122 Biokraftstoffen, sicherzustellen.

1123

### 1124 **Atomkraft**

1125

1126 Atomkraft kann dazu beitragen, unsere Verpflichtung zur Reduzierung von Treibhausgasen zu erfüllen. Die  
1127 EVP ist überzeugt, dass viele Länder auch in Zukunft auf Atomenergie angewiesen sein werden, da sie  
1128 nicht in der Lage sein werden, den Grundlaststrom allein mit erneuerbaren Energien sicherzustellen. Aber  
1129 wir verlangen, dass jedes Atomkraftwerk die höchstmöglichen Sicherheitsstandards erfüllt und die  
1130 Forschung für eine sichere Lagerung und Behandlung von Atommüll intensiviert wird.

1131

1132 Angesichts der in vielen Ländern noch nicht abgeschlossenen Diskussionen über die zukünftige Nutzung  
1133 von Atomkraft unterstützt die EVP gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, dass jeder Mitgliedstaat – unter  
1134 Berücksichtigung seiner geografischen, ökonomischen, regionalen und klimatischen Bedingungen – selbst  
1135 über seinen Energiemix entscheiden können soll, sofern alle Mitgliedstaaten die Ziele zur  
1136 Emissionsreduzierung erfüllen.

1137

### 1138 **Andere Treibhausgase**

1139

1140 Obwohl Kohlendioxid sicherlich das wichtigste Treibhausgas ist, sollten die anderen bei der Suche nach  
1141 einer nachhaltigen Lösung nicht vernachlässigt werden. Insbesondere die Methanemissionen müssen in  
1142 Angriff genommen werden. Deshalb sind Strategien zur Reduzierung der Methanemissionen von Rohreis  
1143 und Wiederkäuern zu entwickeln.

1144

### 1145 **Der Kampf gegen Entwaldung**

1146

1147 Der Raubbau an den Wäldern erzeugt 25 % der Treibhausgasemissionen, und die Geschwindigkeit der  
1148 Entwaldung in den Tropen sowie die negativen Auswirkungen auf die weltweite Aufnahmekapazität  
1149 natürlicher Speicher und die biologische Vielfalt ist alarmierend. Die EVP weist deshalb darauf hin, dass  
1150 die Reduzierung und langfristig der Stopp der Entwaldung und Waldschädigung, Desertifikation, Erosion  
1151 und Bodendegradation sowie die Gewährleistung einer nachhaltigen Aufforstung und Wiederaufforstung  
1152 ein kostengünstiger Beitrag zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen, zur Erhaltung der biologischen  
1153 Vielfalt und zur Förderung von nachhaltigem Forstmanagement und einer Verbesserung der Lebensräume  
1154 sind. Darüber hinaus ist die EVP davon überzeugt, dass leistungsgerechte Anreize zur Vermeidung der  
1155 Entwaldung Teil eines zukünftigen Klimaregimes sein müssen und dass ein entscheidender Faktor die  
1156 Schaffung einer strategischen Partnerschaft mit den am stärksten vom Raubbau am tropischen Regenwald  
1157 betroffenen Ländern ist. Diese Anreize sind bei der Verteilung von Entwicklungshilfen durch Geber in  
1158 Europa und weltweit zu berücksichtigen. Überdies gilt es, die Rolle der Wälder in Europa für den Kampf  
1159 gegen den Klimawandel zukünftig stärker zu berücksichtigen.

1160

### 1161 **Anpassung an den Klimawandel**

1162

1163 Die negativen Auswirkungen des Klimawandels werden in allen Teilen Europas zu spüren sein. Deshalb  
1164 müssen die Anpassungsbemühungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen der EU-Politik intensiviert  
1165 und sorgfältig koordiniert werden. Gleichzeitig sollte die EU, um die Auswirkungen des Klimawandels in  
1166 Europa deutlich abzuschwächen, eine eigene Risikobewertung vornehmen; hierbei sollte auf die

1167 möglicherweise am stärksten betroffenen Gebiete besonderes Augenmerk gelegt werden, um die  
1168 Regionalpolitiken entsprechend anzupassen.

1169 Diese Anpassung eröffnet auch neue wirtschaftliche Möglichkeiten, einschließlich neuer Arbeitsplätze und  
1170 Märkte für innovative Produkte und Dienstleistungen. Europäische Unternehmen nehmen derzeit auf dem  
1171 Weltmarkt für Anpassungsstrategien und -technologien eine führende Stellung ein. Diesen  
1172 Wettbewerbsvorteil müssen wir aufrechterhalten, indem wir schnellstens Anpassungsmaßnahmen wie  
1173 klimasichere Bautechniken, verbesserte landwirtschaftliche Managementpraktiken und neue, effektive  
1174 Versicherungsprodukte einführen. Dies sollte in enger Zusammenarbeit mit unterschiedlichen  
1175 Interessengruppen wie Forschungszentren, Universitäten und dem Privatsektor geprüft werden.

1176 Die europäische Landwirtschaft erwarten aufgrund des Klimawandels viele Herausforderungen. Da  
1177 zunehmende Hitzewellen, Dürreperioden und vermehrter Schädlingsbefall sich mehr und mehr auf  
1178 Ernteerträge, Tierhaltung und Lebensmittelproduktion auswirken, gewinnen auch land- und  
1179 forstwirtschaftliche Bewirtschaftungssysteme immer mehr an Bedeutung. Einige mögliche Maßnahmen  
1180 wären eine effiziente Wassernutzung, die Förderung klimaresistenter Waldbewirtschaftungssysteme,  
1181 Maßnahmen zur Bodenbewirtschaftung und der Schutz von Dauergrünland und multifunktionellen  
1182 Landschaften.

1183 Schwerpunkt muss sein: die Bewahrung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der  
1184 Ökosystemdienstleistungen in größeren Landstrichen und der Meeresumwelt, die Berücksichtigung des  
1185 Aspekts der Artenvielfalt bei der regionalen und territorialen Entwicklung und die Verringerung  
1186 unerwünschter Auswirkungen invasiver Fremdarten.

1187

#### 1188 **Eine globale Lösung für eine globale Bedrohung**

1189

1190 Wir benötigen einen globalen Ansatz, der nicht nur die Industrieländer, sondern auch die  
1191 Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder einbezieht.

1192

1193 Da die Auswirkungen des Klimawandels jeden von uns betreffen, sind alle Länder aufgefordert, ihrem  
1194 Entwicklungsstand und ihren eigenen Möglichkeiten entsprechend Maßnahmen zu ergreifen, um auf faire  
1195 und nachhaltige Weise weltweit verbindliche Ziele zu erreichen. In diesem System werden die  
1196 Industrieländer die größten Reduzierungen zu erbringen haben. Allerdings werden auch die  
1197 Entwicklungsländer erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, ihre Treibhausgasemissionen zu  
1198 begrenzen. Der Kampf gegen den Klimawandel wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir einen weltweiten  
1199 Lösungsansatz verfolgen; die EVP fordert deshalb die EU auf, diplomatische und politische Lösungen zu  
1200 suchen und andere davon zu überzeugen, insbesondere die USA, China und Indien, gemeinsam zu  
1201 handeln. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist der weltweite Transfer von entsprechendem  
1202 Wissen und geeigneter Technologien, um es allen Ländern zu ermöglichen, die entsprechenden  
1203 Maßnahmen umzusetzen.

1204

1205 Im Rahmen dieser globalen Anstrengungen müssen sich die Industrieländer als Teil einer internationalen  
1206 Post-2012-Vereinbarung verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 % unter das Niveau  
1207 von 1990 zu senken. Da die Industrieländer technologisch und finanziell in der Lage sind, ihre Emissionen  
1208 zu senken, sollten sie bei den globalen Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel eine führende  
1209 Rolle übernehmen. Emissionshandelssysteme werden die Rentabilität der Emissionsreduzierungen  
1210 sicherstellen.

1211 Energieeinsparungen, Ökoeffizienz sowie Technologien mit geringer Emission und deren Entwicklung  
1212 sollten unserer Meinung nach die Hauptschwerpunkte des UN-Rahmenmodells für die Zeit nach 2012  
1213 sein.

1214 Für den notwendigen technologischen Wandel benötigen wir mehr internationale Kooperationen in den  
1215 Bereichen Forschung und Technologie, insbesondere mit Drittländern. Hierzu sollte auch die Einrichtung  
1216 großer Projekte zur Vorführung von Technologien in den wichtigsten Entwicklungsländern zählen. Im  
1217 Rahmen der internationalen Forschungszusammenarbeit sollten unter anderem die Quantifizierung  
1218 regionaler und lokaler Auswirkungen des Klimawandels sowie die Entwicklung entsprechender  
1219 Anpassungs- und Klimaschutzstrategien gefördert werden. Je mehr wir auf internationaler Ebene  
1220 zusammenarbeiten und institutionell realisierbare Vereinbarungen hervorbringen, desto größer sind  
1221 unsere Erfolge bei der Begrenzung der globalen Erwärmung.

1222  
1223 Öffentliche Verwaltungen auf allen Ebenen – Regionen, Städte und Kommunen – tragen eine besondere  
1224 Verantwortung im Kampf gegen die Herausforderungen des Klimawandels. Der öffentliche Sektor kann  
1225 und muss ein Schrittmacher für die nachhaltige Entwicklung sein. Dies ist besonders wichtig für die  
1226 Stärkung der regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufe.

1227  
1228 Die EVP ist schon immer ein politischer Befürworter von umweltpolitischen Beschlüssen und  
1229 Entwicklungen gewesen. Die EVP bekräftigt mit diesem Papier ihre Verpflichtung auf eine nachhaltige  
1230 Umweltpolitik und schließt einen neuen Pakt mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas: den  
1231 Umweltschutzpakt.

1232  
1233 Mit diesem Pakt weckt die EVP das ‚öko-logische‘ Gewissen der europäischen Bürgerinnen und Bürger und  
1234 erneuert – wie sie es in der Vergangenheit bereits mehrfach getan hat – ihre Verpflichtung, weiterhin  
1235 Politiken für das weltweite Wohl der Gesellschaft zu erarbeiten. Die EVP unterstützt nachdrücklich die  
1236 Initiative „Pakt der Bürgermeister“ („Covenant of Mayors“) der EU, bei der sich Städte und Regionen zum  
1237 Kampf gegen den Klimawandel verpflichten.

1238  
1239 **Die Europäische Volkspartei unterbreitet folgende Vorschläge:**

- 1240
- 1241 • **Der globale durchschnittliche Temperaturanstieg muss auf 2° C über dem vorindustriellen Niveau**  
1242 **begrenzt werden, um die gefährliche globale Erwärmung zu verhindern; die**  
1243 **Treibhausgasemissionen sollten bis 2020 im Rahmen einer internationalen Vereinbarung um 30 %**  
1244 **gesenkt werden;**
  - 1245 • **Förderung und Schaffung grüner Arbeitsplätze;**
  - 1246 • **Aufrechterhaltung der internationalen Führungsrolle der EU im Kampf gegen den Klimawandel**  
1247 **und Förderung des Dialogs zum Thema Klimawandel mit internationalen Partnern;**
  - 1248 • **Die EU sollte bei den Debatten über die Klimapolitik für die Zeit nach 2012 eine führende Rolle**  
1249 **übernehmen und Prioritäten vorgeben;**
  - 1250 • **Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, um bis Ende 2009 in Kopenhagen eine**  
1251 **Entscheidung zu einer Post-2012-Vereinbarung herbeizuführen;**
  - 1252 • **Fokussierung von Forschung und Entwicklung auf klimafreundliche Technologien unter**  
1253 **Berücksichtigung der wichtigen Rolle von KMU in diesem Bereich; die Europäische Union sollte**  
1254 **Marktführer für die modernsten, energieeffizientesten Technologien sein;**
  - 1255 • **Sofortige Einführung von Energieeinsparungsmaßnahmen wie z. B. Programmen für die**  
1256 **Renovierung von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden;**
  - 1257 • **Beschleunigung der Umsetzung von EU-Politiken und Fokus auf die Überprüfung des derzeitigen**  
1258 **EU-Emissionshandelssystems, erneuerbarer Energien, gemeinsamer Anstrengungen etc.;**
  - 1259 • **Der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix sollte bis 2020 in der EU mindestens 20 %**  
1260 **betragen; die Kommission sollte es den Mitgliedstaaten ermöglichen, gemäß den Vorschlägen des**  
1261 **Fahrplans für erneuerbare Energien branchenspezifische Ziele festzulegen,**
  - 1262 • **Die Effizienz von Autos muss erheblich gesteigert werden; die europäische Autoindustrie sollte**  
1263 **bei der Entwicklung neuer Modelle als wichtiges Ziel einen niedrigen Kraftstoffverbrauch**  
1264 **anstreben;**
  - 1265 • **Der Luftverkehr muss beträchtliche Emissionsreduzierungen erreichen – in erster Linie durch die**  
1266 **rasche Umsetzung des „Single European Sky“;**

- 1267 • Die transeuropäischen Eisenbahnnetze müssen weiter ausgebaut werden, um schnelle  
1268 Alternativen zum Straßen- und Luftverkehr zu schaffen;
- 1269 • Der Gesamtprimärenergieverbrauch in der EU sollte bis 2020 um mindestens 20 % reduziert  
1270 werden; der Energieverbrauch von in der EU verkauften Produkten sollte auf Energie-Labels  
1271 erkennbar ausgewiesen werden; ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen sollte  
1272 als Instrument zur Förderung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen und zur  
1273 Ankurbelung der Nachfrage nach Öko-Innovationen genutzt werden;
- 1274 • Manche Länder werden auch in Zukunft auf Atomkraft zurückgreifen müssen, um unsere  
1275 Verpflichtung zur Reduzierung von Treibhausgasen erfüllen zu können; jedes Atomkraftwerk  
1276 muss die höchstmöglichen Sicherheitsstandards erfüllen; die Forschung für eine sichere Lagerung  
1277 und Wiederaufbereitung von Atommüll muss intensiviert werden;
- 1278 • Entwaldung und Waldschädigungen müssen eingeschränkt und langfristig gestoppt werden;  
1279 gefordert ist zudem die Gewährleistung einer nachhaltigen Aufforstung und Wiederaufforstung;  
1280 die EVP begrüßt die diesbezügliche Mitteilung der Kommission;
- 1281 • Die EVP wird ein besonderes Augenmerk auf junge Menschen legen. Diese sollen schon im frühen  
1282 Alter Achtung vor natürlichen Systemen entwickeln, um die eigentlichen Ursachen von  
1283 Umweltproblemen zu verstehen und sich auf die Frage zu konzentrieren, wie sie zur Lösung  
1284 beitragen können – auf persönlicher wie auf Systemebene.
- 1285  
1286  
1287  
1288

1289 **4. Bewältigung des demografischen Wandels – Lösungen für die Alterung unserer Gesellschaften**

1290

1291

1292 Die Alterung der Gesellschaft ist eine Herausforderung und eine Chance zugleich. Um diese Chance zu  
1293 nutzen, ist eine Zusammenarbeit von Regierungen, Arbeitgebern, Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft  
1294 und der Europäischen Union erforderlich, mit dem Ziel, eine neue Agenda für altersfreundliche  
1295 Beschäftigung, Unternehmensführung und ehrenamtliche Arbeit zu verabschieden und umzusetzen. Die  
1296 regionalen und sozialen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung sind ebenfalls einzubeziehen. Die  
1297 Alterung der Bevölkerungen wird sich auf wesentliche öffentliche Güter und Dienstleistungen wie  
1298 Gesundheitswesen, Wohnungspolitik, Städteplanung, Verkehrs- und Tourismusbetriebe auswirken.

1299

1300 Bis 2050 wird die Bevölkerung der Europäischen Union auf 449 Millionen schrumpfen, während 2025 mit  
1301 470 Millionen der Höhepunkt erreicht sein wird. In den OECD-Ländern wird sich der Bevölkerungsanteil  
1302 der über 65-Jährigen bis 2050 vermutlich mehr als verdoppelt haben und kann bis zu 70 Prozent des  
1303 Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter betragen. Der Bevölkerungsanteil der Personen im  
1304 erwerbstätigen Alter wird in den EU-25-Ländern den Erwartungen zufolge dramatisch sinken, von 67,2 %  
1305 im Jahr 2004 auf 56,7 % im Jahr 2050, das sind etwa 52 Millionen weniger.

1306

1307 Die Herausforderungen, vor die dieses Phänomen die Politik stellt, reichen sehr weit, denn sie betreffen  
1308 auch die Bereiche Bildung, Beschäftigung und soziale Sicherheit. Die Haupteinflussfaktoren für den  
1309 demografischen Wandel sind die Geburten- und die Lebenserwartungsrate sowie die Migration.

1310

1311 Als größte gesamteuropäische Partei sagt die Europäische Volkspartei (EVP) deshalb: Jetzt ist die Zeit zu  
1312 handeln.

1313

1314 **Gesundheitswesen, soziale Sicherheit und Renten**

1315

1316 Die sozialen und wirtschaftlichen Implikationen der Bevölkerungsalterung sind vielfältig und ihre  
1317 Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme in der EU sollten nicht unterschätzt werden.

1318

1319 Demografische Trends:

1320 1) *Niedrige Geburtenrate* – die derzeitige Geburtenrate liegt bei 1,5 Kindern der EU 25. Für die EU 25  
1321 wird bis 2030 ein leichter Anstieg auf 1,6 prognostiziert.

1322 2) *Altern der Baby-Boomer-Generation (45-65)* – dies führt zu einem signifikanten Anstieg des Anteils  
1323 älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung Europas, und damit der Renten und anderer  
1324 Sozialausgaben.

1325 3) *Höhere Lebenserwartung* – nachdem die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen  
1326 seit 1960 bereits um acht Jahre gestiegen ist, könnte sie bis 2050 mindestens um weitere fünf  
1327 Jahre ansteigen.

1328

1329 In Bezug auf die Gesundheitspolitiken könnte eine weiter gefasste Strategie des „gesunden Alterns“  
1330 entwickelt werden, mit der eine gesündere Lebensweise während des gesamten Lebens gefördert werden  
1331 soll. Dies sollte einhergehen mit der Verabschiedung von freiwilligen europäischen Qualitätsrichtlinien für  
1332 Gesundheit und Langzeitpflege, um das Recht auf Würde für ältere Menschen in allen Mitgliedstaaten zu  
1333 gewährleisten.

1334

1335 Die Bevölkerungsalterung wird zu noch größerem Kostendruck auf die öffentlichen Ausgaben führen,  
1336 wobei die Situation jedoch von Land zu Land deutlich unterschiedlich sein wird. Nationale politische  
1337 Entscheidungsträger in ganz Europa müssen deshalb die Funktionsfähigkeit der  
1338 Sozialversicherungssysteme verbessern.

1339

1340 Die mit dem Alterungsprozess verbundenen öffentlichen Ausgaben werden von 2004 bis 2050 um drei bis  
1341 vier Prozentpunkte des BSP steigen, das entspricht einer zehnpromzentigen Steigerung der öffentlichen  
1342 Ausgaben in Verbindung mit Renten, Gesundheits- und Dienstleistungsausgaben.

1343  
1344 Ziel der Rentenreformen in Europa sollte die Einführung flexibler Ruhestandsregelungen sein, die es den  
1345 Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sowohl längere als auch kürzere Zeiträume zu arbeiten, und  
1346 entsprechend höhere oder niedrigere Bezüge zu erwerben. Sozialleistungen bei Erwerbslosigkeit,  
1347 Behinderungen o. a. dürfen nicht als Alternative für einen frühzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt  
1348 genutzt werden. Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollten ältere Arbeitnehmerinnen und  
1349 Arbeitnehmer, die wieder in die Arbeitswelt zurückkehren wollen, unterstützen.

1350  
1351 Generationengerechtigkeit heißt, dass die Rentenlast proportional zwischen den Generationen verteilt  
1352 werden muss und nicht nur auf den Schultern der Jüngeren liegen darf. Darüber hinaus sollten innerhalb  
1353 einer transparenteren und stärker regulierten Finanzinfrastruktur private Rentenfonds als Ergänzung zu  
1354 den öffentlichen Rentenversicherungen aufgebaut werden.

### 1355 1356 **Vereinbarkeit von Familie und Arbeit**

1357  
1358 Gegenwärtig gestaltet es sich für die Bürgerinnen und Bürger Europas schwierig, Arbeit und Familie  
1359 miteinander zu vereinbaren. Für viele Eltern, und insbesondere für Frauen, ist es schwierig, die Balance zu  
1360 finden zwischen hoher Qualifikation und einem erfolgreichen Arbeitsleben einerseits und dem Wunsch,  
1361 eine Familie zu gründen andererseits. Die Familie verdient – besonders heute, in Zeiten des schnellen  
1362 gesellschaftlichen Wandels – die besondere und konkrete Unterstützung durch die Gesellschaft. Es  
1363 müssen familienfreundliche Politiken, die die Flexibilität berufstätiger Eltern verbessern, eingeführt  
1364 werden. Um ihnen Unterstützung zu gewährleisten, müssen unser Erziehungssystem und unsere  
1365 Arbeitszeiten flexibler werden. Die Unterstützung von Familien sollte in Politikbereichen wie Bildung,  
1366 Beschäftigung, Verkehr, Gesundheit und Eingliederung junger Menschen eine Priorität darstellen. Darüber  
1367 hinaus ist eine Verbesserung der Kinderbetreuung und Wohnungsbaupolitik gefordert und für beide  
1368 arbeitenden Elternteile ist die Elternzeit zu fördern. Die EVP ist für die Einführung eines effizienten  
1369 familienfreundlichen Besteuerungssystems, wo dies möglich ist. Dabei müssen wir besonders prüfen, ob  
1370 junge Familien ausreichenden Zugang zu Dienstleistungen erhalten, die ihrer Meinung nach für die  
1371 Erziehung ihrer Kinder notwendig sind. Die EVP weist darauf hin, dass eine familienfreundliche  
1372 Gesellschaft Eltern die freie Wahl und die Verantwortung lassen muss, welche Fürsorge für ihre Kinder am  
1373 besten ist und ihnen hierfür die Verantwortung überlassen muss, ohne bestimmte Entscheidungen zu  
1374 befürworten oder zu missbilligen.

1375  
1376 Die Verantwortlichkeiten sind zwischen Staat und der Privatwirtschaft aufzuteilen. Unsere Priorität sollte  
1377 sein, kinderfreundlichere Gesellschaften zu schaffen durch: Verbesserung des Angebots an und des  
1378 Zugangs zu Kinderbetreuungseinrichtungen, Schaffung besserer finanzieller Bedingungen für junge Paare  
1379 (durch effektivere Familienhilfen), Einführung familienfreundlicher Steuerpolitiken und Reduzierung der  
1380 Sozialversicherungsbeiträge für Eltern mit behinderten Kindern. Das Potenzial unserer Arbeitskräfte muss  
1381 durch mehr und bessere Bildung und lebenslanges Lernen ausgebaut werden. Der Privatsektor ist  
1382 aufgefordert, Unternehmergeist bei jungen Menschen zu fördern und eine größere  
1383 Arbeitszeitflexibilisierung zuzulassen, neue Wege der Förderung der Karriereplanung der Mitarbeiter, vor  
1384 allem der weiblichen Beschäftigten, zu suchen und ausreichende Kinderbetreuungseinheiten am  
1385 Arbeitsplatz zu garantieren. Wir sind der Auffassung, dass die Neuausrichtung der Familienpolitiken, die  
1386 eine Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind, ebenfalls einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung  
1387 leisten und die Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt fördern wird.

1388  
1389 Darüber hinaus fordern wir die Mitgliedstaaten auf, sich stärker dafür zu engagieren, ihre Politiken zur  
1390 Unterstützung von Familien so anzupassen, dass auch der demografische Alterungsprozess und die  
1391 vielfältigen Bedürfnisse von Familien berücksichtigt werden. Politiken, die auf eine Vereinbarkeit von  
1392 Arbeit und Familie abzielen, können sowohl auf die Erwerbsbeteiligung von (weiblichen) Arbeitskräften als

1393 auch auf die Fertilitätsquoten positive Auswirkungen haben. Länder, die einen individuellen Anspruch auf  
1394 Elternzeit für Frauen und Männer bieten sowie in qualitative hochwertige Kinderbetreuungsangebote  
1395 investieren und eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit ermöglichen, verzeichnen in der Regel sowohl  
1396 hohe Geburtenraten als auch hohe Beschäftigungsquoten für Frauen.

1397  
1398 Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben ist ein integraler Bestandteil der Lissabon-Strategie.  
1399 Aufgrund der Betonung der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Chancengleichheit im  
1400 Allgemeinen stellt die Lissabon-Strategie ein Förderkonzept für die Entwicklung nationalstaatlicher  
1401 Familienpolitiken dar. Ebenso unterstützen wir die Kinderbetreuungsziele, die 2002 vom Europäischen Rat  
1402 verabschiedet wurden, sowie andere, von der Europäischen Kommission ausgehende Initiativen zur  
1403 Unterstützung der demografischen Entwicklung und der Familien. Zudem verweisen wir auf die  
1404 Notwendigkeit, der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen in Europa ein Ende zu setzen,  
1405 insbesondere durch eine effektivere Anwendung der bestehenden Gesetzgebung und die Einbindung aller  
1406 Interessengruppen in die Förderung gleicher Bezahlung. Ebenfalls wichtig ist, dass die Institutionen der  
1407 Europäischen Union bei der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen in Führungspositionen  
1408 mit gutem Beispiel vorangehen.

### 1409 1410 **Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt**

1411  
1412 In den kommenden 30 Jahren wird die Dynamik der Bevölkerungsalterung bedeutsame Auswirkungen auf  
1413 die Beschäftigtenstruktur haben. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der EU wird bis 2050 um  
1414 mehr als 52 Millionen Menschen schrumpfen. Darüber hinaus wird sich der Altersabhängigkeitsquotient  
1415 zwischen passiver (Menschen ab 65 Jahren) und aktiver Bevölkerung (15–64-Jährige) bis 2050 verdoppeln  
1416 und 53 % betragen. Das heißt, dass in der EU auf eine Person von über 65 Jahren statt vier nur noch zwei  
1417 Menschen im beschäftigungsfähigen Alter kommen werden, wodurch ein starker Druck auf die  
1418 Sozialversicherungssysteme in ganz Europa entstehen wird. Die damit verbundenen Kosten wurden mit  
1419 einem Rückgang des BSP-Wachstums in ganz Europa von bis zu 1,2 % zwischen 2031 und 2050 berechnet,  
1420 wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

1421  
1422 Jugendliche, Frauen, ethnische Minderheiten, Immigranten und ältere Arbeitnehmer sind besonders stark  
1423 von Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit betroffen. Deshalb sollte eine stärkere Beteiligung dieser  
1424 Gruppen am Arbeitsmarkt gefördert werden. Der Beitrag von Menschen über 65 zum wirtschaftlichen und  
1425 sozialen Gefüge muss als Chance und nicht als Hemmnis begriffen werden. Es gilt, flexible Altersgrenzen  
1426 zu fördern, und ältere Menschen, die sich noch fit und bereit fühlen zu arbeiten, sollten die Möglichkeit  
1427 erhalten, dies auch nach dem offiziellen Rentenalter zu tun.

1428  
1429 Bildung ist für die EVP ein Schlüsselbegriff. Die allgemeine Grundbildung, die zur Formung der  
1430 Persönlichkeit beiträgt, ist für die Teilnahme des Einzelnen am gesellschaftlichen Leben unverzichtbar.  
1431 Höhere Bildungsabschlüsse gehen einher mit signifikant höheren Beschäftigungsquoten und wesentlich  
1432 niedrigeren Arbeitslosenquoten. 2005 lag die durchschnittliche Beschäftigungsquote von hoch  
1433 qualifizierten Arbeitnehmern in der EU bei 82,5 % und bei den durchschnittlich Qualifizierten (d.h. mit  
1434 höheren Sekundarabschlüssen) bei 68,7 %, während sie sich bei den gering Qualifizierten lediglich auf  
1435 46,4 % belief. Mit dem gebührenden Respekt für Pluralismus, Meinungsfreiheit und unterschiedliche  
1436 Verhaltensweisen vertritt die EVP die Auffassung, dass für Bildung und Erziehung Werte sowie die Achtung  
1437 des menschlichen Lebens in all seinen Ausprägungen und Stadien erforderlich sind und dass Familie und  
1438 Liebe unverzichtbare Aspekte der Erziehung darstellen.

1439  
1440 Lebenslanges Lernen ist besonders wichtig, da die formale Bildung allein nicht ausreicht, um die durch  
1441 technologischen Wandel und die Globalisierung entstandenen Herausforderungen zu meistern. Darüber  
1442 hinaus müssen wir die Vermittlung und Weiterbildung im Bereich IT-Kenntnisse und Computerwissen für  
1443 Menschen aller Altersstufen fördern. Ein zentrales Thema dabei könnte bei Bedarf die Förderung der  
1444 Kofinanzierung durch öffentliche und private Unternehmen sein. Deshalb fordern wir die Mitgliedstaaten

1445 auf, die Ziele umzusetzen, die sowohl in der Lissabon-Strategie als auch in der Europäischen  
1446 Beschäftigungsstrategie verankert sind, deren Ziel die Förderung von Beschäftigung und Wachstum ist.

1447

#### 1448 **Migration: Eine Möglichkeit für die EU, eine Antwort auf die demografische Krise zu finden?**

1449

1450 Die Mitgliedstaaten sollten die Mobilität fördern und den Binnenmarkt vervollständigen. Die EU braucht  
1451 eine langfristige Strategie, um Nachwuchskräfte sowie qualifizierte und ausgebildete Arbeitskräfte aus  
1452 Nicht-EU-Ländern anzuwerben und so der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte  
1453 Wirtschaftsraum zu werden. Denn es reicht nicht aus, Migranten nach Europa zu bringen – wir müssen sie  
1454 integrieren und ihnen faire Arbeitsbedingungen bieten. Deshalb sind die langfristigen Auswirkungen auf  
1455 die Sozial- und Wirtschaftssysteme durch die legale und illegale Einwanderung und die Notwendigkeit für  
1456 die Mitgliedstaaten, die demografischen Eigenschaften dieser Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen,  
1457 von zentraler Bedeutung.

1458

1459 Die EVP unterstützt die Tatsache, dass die Kommission und das Europäische Parlament in Kooperation mit  
1460 den Mitgliedstaaten an der Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik arbeiten, welche  
1461 die legale Zuwanderung zu Arbeitszwecken in den Mittelpunkt stellt, um den Anforderungen bestimmter  
1462 Arbeitsmarktsektoren, insbesondere von KMU, gerecht zu werden. Die EU-Migrationspolitik sollte durch  
1463 Politiken ergänzt werden, die darauf abzielen, Angehörige aus Drittstaaten zu integrieren, umfangreichere  
1464 finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und die Partnerschaften mit Drittstaaten beinhalten. Dies kann  
1465 durch Werbekampagnen auf europäischer und internationaler Ebene erreicht werden und sollte  
1466 außerdem Anreize für qualifizierte Migranten und Unterstützung für Arbeitgeber bei der Rekrutierung  
1467 dieser Migranten aus Drittstaaten umfassen.

1468

1469 Die Integrationsprogramme müssen legale Zuwanderer dazu anregen, sich aktiv einzubringen statt passive  
1470 Leistungsempfänger zu sein. In diesem Sinne befürwortet die EVP den Zugang zu unternehmerischen  
1471 Anreizprogrammen für legale Zuwanderer. Sprachkurse, Berufsausbildung, Beraterprogramme,  
1472 lebenslanges Lernen und verbesserte Arbeitsvermittlungsversuche werden benötigt, um auf dem  
1473 Arbeitsmarkt benachteiligte Zuwanderer zu unterstützen. Diese Bemühungen können schließlich dazu  
1474 beitragen, Diskriminierung zu bekämpfen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass Immigranten besser in  
1475 die Arbeitsmärkte und die Gesellschaft als Ganzes integriert werden.

1476

1477

#### 1478 **Die EVP unterbreitet folgende Vorschläge:**

1479

- 1480 - **Nationale politische Entscheidungsträger in ganz Europa müssen die Funktionsfähigkeit der**
- 1481 **Sozialversicherungssysteme verbessern;**
- 1482 - **Die Last der Rentensysteme sollte über die Generationen verteilt werden, um die**
- 1483 **Generationengerechtigkeit zu wahren;**
- 1484 - **Familienfreundliche Politiken, die Arbeit und Familie miteinander vereinbaren und Eltern die**
- 1485 **Wahlfreiheit lassen, müssen eingeführt werden;**
- 1486 - **Die Kinderversorgung und die Wohnungsbaupolitik müssen verbessert werden und für beide**
- 1487 **arbeitenden Elternteile ist die Elternzeit zu fördern;**
- 1488 - **Flexible Altersgrenzen sind zu fördern und ältere Menschen, die sich noch fit und bereit fühlen**
- 1489 **zu arbeiten, sollten die Möglichkeit erhalten, dies auch nach dem offiziellen Rentenalter zu tun;**
- 1490 - **Lebenslanges Lernen ist besonders wichtig, um die Herausforderungen zu meistern, die durch**
- 1491 **den technologischen Wandel entstehen.**

1492



## 1493 5. Ein geeintes Europa in der Welt

1494

1495 Europa muss mit einer Stimme sprechen. Das erwarten unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso von uns  
1496 wie unsere Partner weltweit. Die EU hat mit der Schaffung ihrer gemeinsamen Außen- und  
1497 Sicherheitspolitik, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und des Amtes des Hohen  
1498 Repräsentanten wichtige Schritte in Richtung einer gemeinsamen europäischen Außen- und  
1499 Sicherheitspolitik unternommen, die Europas Rolle in der Weltpolitik stärken wird. Dieser Prozess muss  
1500 weitergeführt werden. Häufig agiert die EU eher als Zuschauer denn als handelnde oder führende  
1501 politische Macht. Innerhalb der G8, in der UN oder auch im IWF gilt die Europäische Union nicht als  
1502 politischer Akteur ersten Ranges. In Washington, Moskau oder Peking wird die EU häufig wie eine mit  
1503 bedeutenden finanziellen Ressourcen und spezialisiertem Know-how ausgestattete Riesen-NGO  
1504 betrachtet. Europa sollte jedoch in der Position sein, gemeinsam mit seinen internationalen Partnern die  
1505 europäischen Interessen in der Welt zu vertreten, Verantwortung zu übernehmen und die  
1506 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzunehmen. Es ist unbedingt erforderlich, die richtigen  
1507 Antworten auf die veränderte Machtbalance und die Bedrohungen, die durch regionale Krisen,  
1508 internationalen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen für unsere Gesellschaften entstehen, zu  
1509 finden. Wir wollen eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen, die in eine  
1510 Sicherheitsstrategie integriert ist, bei der auch Energiepolitik und Rohstoffe berücksichtigt werden.  
1511 Deshalb müssen wir die politischen und institutionellen Voraussetzungen schaffen, damit die EU in der  
1512 Lage ist, mit einer Stimme zu sprechen und einmütig zu handeln.

1513

1514 Die Europäische Volkspartei will Änderungen auf folgenden Ebenen angehen:

1515

1516 **In der Union selbst.** Mit der jüngsten Erweiterungsrunde ist es der EU gelungen, die meisten Teile des  
1517 Kontinents einzubeziehen. Die Folge davon ist, dass die EU nicht nur neue Mittel, sondern auch neue  
1518 Ambitionen hat. Für die Zukunft jedoch muss gelten, dass für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union  
1519 nicht nur politische und wirtschaftliche Kriterien zu erfüllen sind, sondern auch die Fähigkeit der EU, den  
1520 europäischen Integrationsprozess fortzusetzen, zu berücksichtigen ist. Die Identität und  
1521 Handlungsfähigkeit der EU muss erhalten bleiben. Gleichzeitig sollte die EU weiterhin eine wichtige  
1522 Vorbild- und Orientierungsfunktion für diese Nicht-EU-Staaten haben, sie unterstützen und dafür sorgen,  
1523 eine Festigung ihrer demokratischen Systeme und Marktwirtschaften anzustreben. Mit der Ratifizierung  
1524 des Lissabon-Vertrags erhielt die EU Rechtspersönlichkeit effizientere und demokratischere Institutionen,  
1525 erweiterte Kompetenzen in Bezug auf auswärtige Angelegenheiten und, bei Mitgliedstaaten, die dies  
1526 wünschen, Kapazitäten für gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen. In den meisten Mitgliedstaaten  
1527 scheint eine große Mehrheit der Bürger größeres Vertrauen in die gemeinsamen außenpolitischen  
1528 Maßnahmen der Union zu haben als in die von ihrem jeweiligen Land unternommenen unabhängigen  
1529 Schritte: Die Bürger wollen ein Europa, das sie schützt und ihnen Sicherheit gibt. Die aufeinander  
1530 folgenden außenpolitischen Krisen der vergangenen 15 Jahre auf dem Balkan, im Kaukasus, in Russland,  
1531 dem Nahen und Mittleren Osten und Iran haben die Unzulänglichkeiten nationaler, schlecht koordinierter  
1532 und manchmal auch widersprüchlicher Politiken deutlich gezeigt.

1533

1534 Die EVP unterstreicht die Notwendigkeit einer einvernehmlichen Klärung der Zypern-Frage auf der  
1535 Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen und der EU-Gründungsprinzipien, begrüßt die erneuerte  
1536 Verpflichtung der politischen Führer beider Seiten auf eine Verhandlungslösung und unterstützt die  
1537 fortgesetzten direkten Verhandlungen zwischen den politischen Führern beider Gemeinschaften in Zypern  
1538 und wird jede von ihnen erzielte Vereinbarung akzeptieren, die mit den EU-Gründungsprinzipien, unter  
1539 anderem die vier Grundfreiheiten, übereinstimmt und die per Referendum angenommen wurde. Die EVP  
1540 fordert die Türkei auf, ein angemessenes Verhandlungsklima zu schaffen, indem sie die türkischen  
1541 Streitkräfte abzieht und den beiden politischen Führern ermöglicht, frei über die Zukunft des Landes zu  
1542 verhandeln.

1543

1544 **In unseren Nachbarländern.** Die Nachbarländer der Europäischen Union erstrecken sich vom Mittelmeer  
1545 über das Schwarze Meer bis zu den östlichen Nachbarn und Russland. Durch die Übertragung ihres

1546 eigenen Modells auf die angrenzenden Regionen leistet die EU einen bedeutenden Beitrag zur globalen  
1547 Sicherheit. In diesen Regionen treffen verschiedene Religionen aufeinander und sie sind der Schauplatz für  
1548 unlösbare Konflikte und sozioökonomische und politische Missstände. Illegale Einwanderung, Waffen- und  
1549 Drogenhandel sowie internationaler Terrorismus sind einige der Herausforderungen, die die Mittelmeer-  
1550 Anrainer zu bewältigen haben.

1551  
1552 Aus diesem Grund streben wir an, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern zu verbessern.  
1553 Deshalb muss die Koordinierung der EU-Nachbarschaftspolitik im Interesse der EU und unserer  
1554 Nachbarländer gestärkt werden, und die Eigenheiten jedes Landes müssen berücksichtigt werden. Eine  
1555 engere Anbindung dieser Länder an die EU würde darüber hinaus die Stabilitäts- und Sicherheitszone um  
1556 die EU herum erweitern. Die EU-Ziele in der Nachbarschaftspolitik bestehen darin, neue Trennlinien zu  
1557 vermeiden und Wohlstand, Stabilität und Sicherheit in der Region zu stärken. Der russisch-georgische  
1558 Konflikt jedoch hat insbesondere in der östlichen Nachbarschaft ein Sicherheitsvakuum und damit auch  
1559 die Dringlichkeit, die europäische Sicherheitsarchitektur wieder aufzubauen, aufgezeigt. Die EU stellt fest,  
1560 dass ihre Ziele und diejenigen Russlands nicht immer übereinstimmen. Deshalb sollte mit Russland eine  
1561 offene und realistische Diskussion über prioritäre Themen wie Stabilität jenseits der östlichen EU-Grenzen,  
1562 Energiesicherheit und internationale Aufgaben, für die eine Beteiligung Russlands erforderlich ist, geführt  
1563 werden. Es ist wichtig, dass wir in unserem Dialog und unserer Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im  
1564 Osten solche Initiativen fortsetzen, die bereits Ergebnisse erzielt haben, wie die Schwarzmeer-  
1565 Kooperation und den Regionalen Kooperationsrat. Die EVP unterstützt die im „Barcelona-Prozess: Eine  
1566 Union für den Mittelmeer-Raum“ genannten Prioritäten. Der Mittelmeerraum muss eine Zone der  
1567 wirtschaftlichen Entwicklung, des verbesserten politischen und kulturellen Austauschs und der  
1568 gemeinsamen politischen Zielsetzung werden.

1569  
1570 **Weltweit.** Bis vor kurzem unterlagen wir der Illusion, dass unsere historische Errungenschaft des  
1571 fortwährenden Friedens sich unaufhaltsam auch jenseits unserer Grenzen verbreiten würde. Es war ein  
1572 böses Erwachen: Terrorismus im Namen des Islam brachte Blutvergießen nach London und Madrid, New  
1573 York, Islamabad, Marrakesch und vor kurzem nach Mumbai. In den vergangenen sieben Jahren  
1574 engagierten sich 25 EU-Staaten in Afghanistan in einer Militäroperation, die täglich lebensbedrohlicher  
1575 wird, und es ist kein Ende in Sicht. Der endlose israelisch-palästinensische Konflikt schürt nicht nur in der  
1576 muslimischen Welt, sondern auch in den muslimischen Ländern in Europa weiterhin antiwestliche  
1577 Gefühle. Iran unterläuft nach wie vor den Atomwaffensperrvertrag und fährt mit der Entwicklung von  
1578 Langstreckenraketen fort, die unseren Kontinent erreichen oder gar treffen könnten.

1579  
1580 Die stärkere Einbindung der EU in die internationale Krisenprävention und Konfliktlösung ist von größter  
1581 Bedeutung. Eine der Stärken der EU ist die Diplomatie, die in vielen Teilen der Welt ein hohes Maß an  
1582 Glaubwürdigkeit genießt. Europa sollte diese Stärken für den Versuch nutzen, zur Stabilisierung des Nahen  
1583 und Mittleren Ostens beizutragen und diesen Regionen Frieden zu bringen. Friede und Stabilität in dieser  
1584 Region würden ebenfalls dazu beitragen, die Spannungen zwischen den westlichen und den islamischen  
1585 Ländern zu überwinden. Die EU trägt gemeinsam mit den USA, Russland und den Vereinten Nationen die  
1586 Verantwortung für die Wiederbelebung der Pläne für die „Road Map“.

1587  
1588 Die EU und die USA verbinden gemeinsame Werte und Interessen. Wir in der EU müssen daher  
1589 gemeinsam mit unseren Partnern für Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die  
1590 Gesetze der Marktwirtschaft kämpfen und diese stärken. Die neue US-Regierung wird uns die Gelegenheit  
1591 geben, die Hauptprioritäten der gemeinsamen Anliegen der USA und der EU zu überprüfen, neu zu  
1592 bewerten und Wege für unsere wieder erstarkte transatlantische Partnerschaft zu finden, die neuen  
1593 globalen Herausforderungen zu meistern. Darüber hinaus muss die EU sich auf offene und ehrliche Weise  
1594 auf die neuen wirtschaftlichen Supermächte einlassen, gleichzeitig aber auch alle ihre Handlungen auf  
1595 internationaler Ebene sorgfältig prüfen. Die Erfahrungen und das Prestige, das die EU im Laufe der Jahre  
1596 erworben hat, müssen in eine Führungsrolle auf internationaler Ebene umgewandelt werden –  
1597 beispielsweise ist unsere Autorität beim Umgang mit dem Klimawandel international anerkannt und

1598 unumstritten. Daher muss Europa bei der Neudefinition der Regeln und Normen der internationalen  
1599 Angelegenheiten für das 21. Jahrhundert eine wichtige Rolle spielen.

1600  
1601 Knapp 30 Millionen EU-Bürger leben und arbeiten außerhalb der EU. Da wir erwarten, dass diese Bürger  
1602 ihren Verpflichtungen in ihren Heimatländern nachkommen, wie der Bezahlung der Vermögenssteuern, ist  
1603 es nur gerecht, wenn sie die Möglichkeit erhalten, ihr demokratisches Recht auf Teilnahme an den  
1604 Europawahlen auszuüben. Die EVP ist der Auffassung, dass die EU sich dafür einsetzen sollte, die  
1605 Teilnahme an den Europawahlen für in Drittstaaten lebende EU-Bürger zu erleichtern.

## 1606 1607 **EVP-Prioritäten in der Außenpolitik**

1608  
1609 Durch den Lissabon-Vertrag wird die Gemeinsame Außenpolitik effektiver und die Bürgerinnen und Bürger  
1610 sehen dem freudig entgegen: Die EU darf nicht die 28. Außenpolitikoption in der europäischen Diplomatie  
1611 sein; die EU muss der Akteur werden, der die Vorschläge einbringt, derjenige, der die Implementierung  
1612 einer Strategie für die Gemeinsame Außenpolitik **formuliert** und **koordiniert** und mit einer einzigen  
1613 europäischen Stimme **spricht**. Das Amt des **Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik** in seiner  
1614 geplanten Form, der künftig auch Vizepräsident der Kommission und Vorsitzender des Rates für  
1615 auswärtige Angelegenheiten sein wird, wird für besseren Zusammenhalt sorgen und unseren  
1616 gemeinsamen außenpolitischen Ansatz unterstützen. Der Ausgangspunkt muss eine Vereinbarung über  
1617 eine Europäische Agenda sein: Ohne Berücksichtigung unvorhergesehener Krisen müssen wir die  
1618 Prioritäten und Ziele unserer Gemeinsamen Außenpolitik bestimmen.

1619  
1620 **Erstes Ziel: Entwicklung einer soliden und fest verankerten transatlantischen Beziehung.** Die  
1621 transatlantischen Beziehungen sind die Eckpfeiler unserer Außenpolitik, deshalb müssen Schritte für ihre  
1622 Stärkung unternommen werden. Gleichzeitig sollten wir unsere amerikanischen Freunde als **gleichwertige**  
1623 **Partner** behandeln. Auch wenn die Prioritäten der EU und der USA nicht immer dieselben sind, müssen  
1624 wir Seite an Seite stehen und unsere gemeinsamen Herausforderungen in der Außenpolitik, wie die  
1625 Weiterverbreitung demokratischer Werte und die Unterbindung des fundamentalistischen Terrors,  
1626 gemeinsam annehmen. Darüber hinaus muss die EVP weiterhin ihre fruchtbaren Beziehungen zu  
1627 gleichgesinnten politischen Parteien und Organisationen in Nordamerika, die unsere Werte teilen,  
1628 pflegen, da dies auf **politischer Ebene** die transatlantische Partnerschaft stärken wird.

1629  
1630 Die Zusammenarbeit auf der Ebene der Energiesicherheit ist eine der wichtigsten Säulen der  
1631 transatlantischen Beziehungen. Insbesondere in Bezug auf Themen, bei denen Differenzen bestanden, wie  
1632 der Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs, der Energiesicherheit und dem Klimawandel, ist eine  
1633 Zusammenarbeit mit der US-Regierung erforderlich. Gemäß dem Grundsatz der Gegenseitigkeit sollten die  
1634 USA bezüglich der Visa-Bestimmungen alle Bürger aus den EU-Mitgliedstaaten gleich behandeln.

1635  
1636 Vor dem Hintergrund einer stärkeren Einbindung des US-amerikanischen Kongresses, des kanadischen  
1637 und des Europäischen Parlaments sowie der nationalen Parlamente muss bis 2015 ein funktionierender  
1638 und wettbewerbsfähiger transatlantischer Markt errichtet werden.

1639  
1640 **Zweites Ziel für die nächsten fünf Jahre: Konsolidierung des europäischen Friedensraums.** Der Raum des  
1641 Friedens, der Demokratie, Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der territorialen  
1642 Integrität jedes Landes muss auch auf Gebiete außerhalb der EU in Osteuropa und im Kaukasus  
1643 ausgedehnt werden. Gleichzeitig obliegt es der Verantwortung der Union, eine umfassende und tragfähige  
1644 Russlandpolitik zu implementieren. Die EU hat ein großes Interesse an guten Beziehungen und einer  
1645 erfolgreichen Reformpolitik in Russland. Zudem ist Russland für die EU ein wichtiger Partner. Aus diesem  
1646 Grund unterstützen wir die Fortsetzung und den Abschluss der Verhandlungen für ein Partnerschafts- und  
1647 Kooperationsabkommen. Dabei sind die Interessen der mittel- und osteuropäischen Länder besonders zu  
1648 berücksichtigen. Die Partnerschaft muss einen offenen und kritischen Dialog über die Entwicklung von  
1649 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sowie die Beziehung Russlands zu Osteuropa und dem

1650 Kaukasus umfassen. Als Lehre aus den Erfahrungen des Kalten Krieges hält Europa an dem Prinzip fest,  
1651 dass keine Macht eigene Interessenssphären suchen, sondern streng auf der Grundlage des Völkerrechts  
1652 mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten sollte.

1653  
1654 Die friedliche Koexistenz mit unseren Nicht-EU-Nachbarn ist nicht ausreichend – wir müssen anstreben, in  
1655 einem Gebiet, in dem demokratische Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit herrschen, zusammenzuleben. Die  
1656 Anerkennung der Grenzen, der Respekt der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität der  
1657 Nachbarländer, freie Wahl von Bündnissen, Einhaltung der Verträge über die nuklearen und  
1658 konventionellen Streitkräfte und die Umwandlung der OSZE in ein echtes europäisches Sicherheitsbündnis  
1659 müssen auch von unseren Nachbarstaaten außerhalb der EU erfolgen. Darüber hinaus müssen die  
1660 Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen zwischen der EU und Russland ausgewogen und für  
1661 beide Seiten vorteilhaft sein sowie die EU-Interessen absichern.

1662  
1663 Angesichts dieses Ziels muss die EU eine echte Nachbarschaftspolitik entwickeln. Diese Politik sollte  
1664 jedoch nicht allen Nachbarn dieselbe Art der Partnerschaft anbieten: Weißrussland und Marokko  
1665 beispielsweise haben wenige Probleme gemeinsam. Hingegen könnten viele gemeinsame Prinzipien in  
1666 einer **Nachbarschafts-Charta** formuliert werden: auf dem Völkerrecht basierende friedliche Beziehungen,  
1667 gegenseitige Achtung der Unabhängigkeit, Achtung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen,  
1668 Gegenseitigkeit von Verpflichtungen und Umsetzung gegenseitiger Vereinbarungen unter Einhaltung des  
1669 Völkerrechts. Der Barcelona-Prozess – Union für den Mittelmeerraum – und die Osteuropäische  
1670 Partnerschaft stellen einen geeigneten Rahmen für diese neue Politik dar.

1671  
1672 **Drittes Ziel: Bekämpfung jeder Form des Terrorismus.** Wir glauben an die friedliche Koexistenz der  
1673 Kulturen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit muslimischen Ländern vertiefen, um ihr Vertrauen in  
1674 westliche Kulturen und Traditionen zu stärken. Aus diesem Grund sollten wir auch offener und bereit sein,  
1675 mit den bestehenden demokratischen Traditionen in der arabischen Welt umzugehen. Europa respektiert  
1676 alle Religionen und Glaubensrichtungen, die die unverletzlichen Menschenrechte des Einzelnen  
1677 anerkennen. Gemeinsam mit seinen Bündnispartnern bekämpft Europa den fundamentalistischen  
1678 Terrorismus und al-Qaida-Extremismus, dessen erste Opfer die muslimischen Völker selbst sind. Wir sind  
1679 uns des Schadens, den die systematische Verwechslung zwischen fundamentalistischen Terroristen  
1680 einerseits und dem islamischen Mainstream andererseits im Westen anrichtet, wohl bewusst. Wir müssen  
1681 sämtliche Anstrengungen unternehmen, um die religiösen Extremisten in den islamischen  
1682 Gemeinschaften und Gesellschaften von den moderaten politischen Systemen in muslimischen Ländern zu  
1683 isolieren. Gleichzeitig muss die EU eine eindeutige Politik verfolgen und unter Wahrung der Sicherheit  
1684 Israels im israelisch-palästinensischen Konflikt auf die Zwei-Staaten-Lösung drängen. Auch gegenüber  
1685 Pakistan, das ein zentraler Akteur im Afghanistankonflikt ist, muss sie eine klare Politik verfolgen. Der  
1686 Kampf gegen den Terror muss zudem Operationen innerhalb der EU-Grenzen gegen politische  
1687 Terrororganisationen wie die ETA und die PKK umfassen.

1688  
1689 **Viertes Ziel: Verhinderung des Ausbruchs eines neuen kalten Krieges.** Wenn wir nicht aufpassen, könnte  
1690 die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts ähnlich werden wie die zweite Hälfte des 20., insofern, als ein  
1691 fragiles Gleichgewicht des Schreckens herrschen könnte zwischen Widersachern, die apokalyptische  
1692 Waffen besitzen. Aber mit einem wesentlichen Unterschied: Dieses Mal werden nicht nur zwei  
1693 Weltmächte involviert sein, die sich selbst und ihre Verbündeten kontrollieren, sondern eine Vielzahl von  
1694 Akteuren, die häufig durch interne Instabilität und komplexe regionale Faktoren bedroht sind.

1695  
1696 Folglich muss die EU die Stärkung der grundlegenden Verträge zur Nicht-Verbreitung von  
1697 Massenvernichtungswaffen einfordern und Abkommen fördern, die regionale Gleichgewichte sichern. Das  
1698 impliziert, dass die EU sich quasi selbst zu allen Abrüstungsverhandlungen einlädt.

1699  
1700 **Fünftes Ziel: Verbesserung der Bedingungen für eine nachhaltige Globalisierung auf der Grundlage von**  
1701 **Rechtsstaatlichkeit, effektivem Multilateralismus und freiem Handel.** Die Stärkung der WTO ist von  
1702 grundlegender Bedeutung für den weltweiten Wohlstand und hilft bei der Entschärfung von auf

1703 unterschiedlichen nationalen Wirtschaftsinteressen basierenden Konflikten. Die EVP setzt sich  
1704 nachdrücklich für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen der Doha-Runde ein und ruft die  
1705 anderen Industrie- und Schwellenländer auf, zu einem ambitionierten, umfassenden und ausgewogenen  
1706 Übereinkommen beizutragen. Die EVP ist der Auffassung, dass die Abschaffung von Grenzen und ein  
1707 verbesserter Marktzugang weltweit mit verstärkten Bemühungen für eine effektivere  
1708 Regulierungszusammenarbeit einhergehen sollten. Behandelte man die Internationale Arbeitsorganisation  
1709 gleichberechtigt zu anderen internationalen Organisationen, sollte dies ermöglichen, die Globalisierung  
1710 positiv zu gestalten und die am meisten benachteiligten Menschen und Länder von den Vorteilen  
1711 profitieren zu lassen.

1712 Die internationalen Institutionen der Zeit seit Beendigung des Kalten Krieges sind ihrer Aufgabe  
1713 nachgekommen, aber sie sind schlecht auf die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts vorbereitet. In  
1714 diesem Bereich ist die europäische Überzeugungskraft am glaubwürdigsten. Die EU sollte in diesem  
1715 Prozess zwei Leitlinien folgen: 1) Wiederherstellung der vollen Legitimität der internationalen  
1716 Organisationen, die derzeit die neuen demokratischen und wirtschaftlichen Machtkämpfe nicht  
1717 hinreichend berücksichtigen; und 2) Stärkung dieser Organisationen sowie der internationalen  
1718 Vereinbarungen über die neuen weltweiten Herausforderungen. Für eine bessere Funktionsweise der  
1719 internationalen Finanzmärkte, den Umweltschutz, die Steuerung von Migrationsströmen, den Umgang mit  
1720 knappen Ressourcen wie Wasser, Energie und seltenen Rohstoffen, den Umgang mit den neuen  
1721 Informationstechnologien, gemeinsame ethische Regeln für die wissenschaftliche Forschung etc. sind  
1722 Abkommen erforderlich.

1723 **Sechstes Ziel: Intensivierung der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit.** Eine bedeutende Aufgabe in  
1724 den nächsten Jahren wird die auf den Menschenrechten und verantwortlicher Regierungsführung  
1725 basierende Bekämpfung von Armut und Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in  
1726 Afrika sowie in den am wenigsten entwickelten Ländern Asiens und Lateinamerikas sein. Alle EU-  
1727 Mitgliedstaaten haben zugesagt, bis 2015 0,7 % ihres BSP in die Entwicklungszusammenarbeit zu  
1728 investieren. Nachhaltige Globalisierung muss alle Länder einbeziehen und Chancen für alle Menschen  
1729 bereithalten. Die Umwelt- und Gesundheitspolitiken sind ebenso wie die Politiken für eine bessere Bildung  
1730 und den Ausbau der Infrastrukturen Bereiche, in denen die EU einen substanziellen Beitrag für eine  
1731 bessere Welt leisten könnte. Die Partnerschaft der EU mit unserem Nachbarkontinent Afrika muss  
1732 effektiver gestaltet und vertieft werden.

1733 **Siebtens Ziel: Stärkung der internationalen Organisationen,** insbesondere der UN, da sie bei der  
1734 Bekämpfung und Lösung internationaler Probleme die höchste Legitimität besitzt. Daher fordern wir eine  
1735 stärkere und effizientere UN. Darüber hinaus wollen wir einen effektiveren Multilateralismus, der  
1736 Schwellen- und Entwicklungsländer stärker einbezieht. Zudem muss der IWF gestärkt werden, da er zu  
1737 größerer Stabilität und Sicherheit auf den internationalen Finanzmärkten beiträgt. Die Rolle der Weltbank,  
1738 die ebenfalls gestärkt werden sollte, wird für die Unterstützung der Entwicklungsländer in der Krise  
1739 essenziell sein.

#### 1740 **EVP-Prioritäten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

1741 Es ist die Stunde der Wahrheit. In Bezug auf militärische Angelegenheiten besteht die offensichtlichs-  
1742 te Arbeitsüberschneidung nicht etwa zwischen den NATO- und EU-Hauptquartieren, sondern zwischen  
1743 unseren eigenen nationalen Armeen. Die europäischen Länder geben 250 Milliarden US-Dollar, d. h. die  
1744 Hälfte des gesamten US-amerikanischen Militärhaushalts, aus, um 27 Armeen, 23 Luftstreitkräfte und 20  
1745 Flotten zu finanzieren, ohne jedoch in der Lage zu sein, mehr als 2 % ihrer Truppen in Kampfgebiete zu  
1746 entsenden: Selten war das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei so einem wichtigen Thema so gering.  
1747 Gegenwärtig sind die nationalen Armeen nach sehr veralteten Ideen und Strukturen organisiert und ihre  
1748 Waffen sind darauf ausgelegt, einer militärischen Situation wie vor 50 Jahren zu begegnen. Doch sie waren  
1749 beispielsweise nicht in der Lage, ein paar Dutzend europäische Hubschrauber aufzustellen.

1750 **Europas größter Feind ist die Fehleinschätzung der Zeit.** Fünfzehn Jahre, nachdem das Konzept einer  
1751 gemeinsamen Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in die Verträge aufgenommen wurde, zehn

1752 Jahre nach dem Saint-Malo-Abkommen und der Vereinbarung über den Hohen Vertreter und trotz einiger  
1753 substanzieller Erfolge im Kongo und in Aceh (Indonesien) handelt jeder Mitgliedstaat immer noch so, als  
1754 ob er noch zwanzig Jahre zur Verfügung hätte, um sich auf die komplexen militärischen  
1755 Herausforderungen der Welt von heute vorzubereiten.

1756 Um jedoch der gegenwärtigen europäischen Verteidigungsarchitektur neuen Auftrieb zugeben – unter  
1757 Berücksichtigung der nicht vorhandenen Bündniszugehörigkeit oder Neutralität einiger Mitgliedstaaten –  
1758 schlägt die EVP die Einrichtung eines Zusammenarbeitsmodells vor, das Folgendes umfasst:

- 1759 1. Ein **politisches Übereinkommen mit den USA** und unseren sonstigen Alliierten über die  
1760 Kooperation bei politischen und militärischen Aufgaben und über die jeweilige Rolle der EU und der  
1761 NATO in der heutigen Welt.
- 1762 2. Die **Definition der Verpflichtung auf gegenseitige Solidarität** zwischen allen EU-Mitgliedstaaten,  
1763 wie im Lissabon-Vertrag festgelegt. Darüber hinaus wollen wir die europäische Verteidigung in die  
1764 gegenseitige politische und militärische Unterstützung in enger Beziehung zur NATO einbinden.
- 1765 3. **Anpassung der** im Dezember 2003 verabschiedeten ‚**Europäischen Sicherheitsstrategie**‘. Wir  
1766 müssen die Bedrohungen, denen wir uns alle gegenüber sehen, gemeinsam identifizieren und  
1767 angehen.
- 1768 4. Die **Identifizierung der industriellen, technologischen, militärischen, finanziellen und personellen**  
1769 **Ressourcen durch die Mitgliedstaaten**, die sie bereit sind, im Rahmen der Solidarität der  
1770 Gemeinschaft und der Europäischen Sicherheitsstrategie einzusetzen.
- 1771 5. Die **Konzentration auf die Bemühungen der EU, ihre eigene Energiesicherheit zu erhöhen**. Die  
1772 fortgesetzten Streitigkeiten zwischen der Ukraine und Russland rufen ernsthafte Krisen in der  
1773 Energieversorgung zahlreicher Mitgliedstaaten hervor, und es besteht ein wachsender Bedarf an einer  
1774 gemeinsamen europäischen Energiepolitik. Deshalb muss die Europäische Union ihren  
1775 Krisenreaktionsmechanismus stärken, um weitere negative Konsequenzen einer möglichen  
1776 Versorgungskrise abzuwenden, die bestehenden Energienetze zu verbinden und neue  
1777 Infrastrukturinvestitionen zu fördern, die die Diversifizierung der Versorgung und der Energiequellen  
1778 verbessert und die europäische Solidarität in kritischen Situationen vereinfacht.
- 1779 6. Die Verpflichtung jedes Mitgliedstaates, die **künftige Forschung im Bereich Waffen- und**  
1780 **Militärtechnologie zu bündeln**: Drohnen, Satelliten, Ausrüstung der Soldaten, Anti-Raketen-Systeme  
1781 und die großen Waffensysteme der nächsten Generation (Panzer, Flugzeuge etc.). Als Koordinator für  
1782 diese Programme böte sich die **Europäische Verteidigungsagentur** an.

1783  
1784 **Die EVP unterbreitet folgende Vorschläge:**

- 1785
- 1786 - **Umwandlung der EU-Nachbarschaftspolitik in eine Nachbarschafts-Charta;**
- 1787 - **verstärkte Anstrengungen zur Beendigung aller Formen des weltweiten Terrorismus;**
- 1788 - **Stärkung der Grundlagenverträge über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen**  
1789 **und Engagement bei weltweiten Abrüstungsverhandlungen;**
- 1790 - **Konzentration der Bemühungen der Europäischen Union zur Schaffung einer gemeinsamen**  
1791 **Energiepolitik mit dem Ziel, ihre eigene Energiesicherheit zu erhöhen und Solidarität zu zeigen,**  
1792 **indem der Krisenreaktionsmechanismus und die Verbindung zwischen den bestehenden und**  
1793 **dem Aufbau neuer Infrastrukturen zur Verbesserung einer diversifizierten Versorgung verstärkt**  
1794 **werden;**
- 1795 - **Verbesserung der Bedingungen für eine nachhaltige Globalisierung, basierend auf**  
1796 **Rechtstaatlichkeit und freiem Handel sowie Intensivierung der globalen**  
1797 **Entwicklungszusammenarbeit;**
- 1798 - **Stärkung der internationalen Organisationen und Einsatz für einen effektiveren**  
1799 **Multilateralismus;**
- 1800 - **Verbesserung der transatlantischen Beziehungen und deren Untermauerung auf politischer**  
1801 **Ebene;**

1802 - **Neuer Antrieb für die gegenwärtige europäische Verteidigungsarchitektur mit enger**  
1803 **Zusammenarbeit von EU und NATO.**